die Höhe gebracht, daß mit ihm das Quantum von 1925 gefördert würde, so wäre das eine Ersparung von rund 36 000 Arbeitern!

Würde die gesamte Wirtschaft nur auf die Produktionsstufe der Braunschweigischen Braunkohlenbergwerke gebracht, so würde das bei etwa 25 Millionen Arbeitenden eine Ersparnis von rund 2 Millionen Arbeitern ausmachen, wenn man die Kohlenbergleute mit etwa 500 000 ansetzt. In der Industrie wird aber das amerikanische Kapital rationalisieren und die Produktivität auf eine viel höhere Stufe gebracht werden, als wir hier ausgerechnet haben. Man muß da mindestens 3 Millionen Arbeiter als „Abfall" rechnen. Bei diesen 3 Millionen bleibt es aber nicht. Die zerstörte Kaufkraft dieser aufs Pflaster gesetzten Arbeiter übt erst ihre Wirkung aus auf die Konsumindustrien, auf Handel, Verkehr etc. Würde der gesamte deutsche Produktionsapparat das Warenquantum herstellen wie 1925, so würde das bedeuten, daß in Deutschland 6 Millionen Arbeiter aufs Pflaster gesetzt werden müssen.

Die Gesamtproduktion in Deutschland wird aber um den Konsum der 6 Millionen weniger sein, oder doch um fast das entsprechende Quantum, wenn die Ausfuhr vorübergehend gesteigert werden sollte. Die Rationalisierung, d. h. der technische Aufbau der Produktion wird gewiß für längere Zeit eine größere Menge Arbeiter benötigen. Vorausgesetzt aber, daß in Deutschland die gedachte Produktivität erreicht werden könnte, so würde daß den Hungertod für mindestens 7 Millionen Proletarier bedeuten.

Die Rechenkünstler des „Vorwärts" machen sich die Sache nun sehr leicht. Sie verlangen höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und gleichzeitig billigere Preise. Das würde aber den ganzen Erfolg der Rationalisierung aufheben, eine Ausfuhr wäre gar nicht möglich und die Kombination der Rechenkünstler stürzt über den Haufen, existiert garnicht! Abgesehen davon, daß die Rechnung des „Vorwärts" überhaupt Illusionen sind. Was das deutsche Kapital kann, kann das englische, das französische, das gesamte europäische Kapital erst recht, dreist wenn diese etwas nachhinken sollten, womit nicht einmal zu rechnen ist. Dann hebt sich die gesamte Rationalisierung wieder auf, die Konkurrenz entbrennt in demselben Maßstabe wieder und die Löhne können nicht erhöht werden. Im Gegenteil, dann beginnt das Spiel von neuem.

Das beginnt ins närrische überzugehen, sich zu Widersprüchen zu verdichten. In der Tat sind es Widersprüche, die der Kapitalismus nicht lösen kann. Das sehen die Kapitalisten auch ein. Sie sehen, daß sie keine Absatzmärkte mehr erschließen können und versuchen den Konkurrenzkampf hart auf hart, d. h. durch Kriege zwischen den hochkapitalistischen Staaten aus dem Wege zu gehen und erstreben durch eine Weltwirtschaftskonferenz sich die Absatzmärkte gegenseitig zu garantieren. Das kann doch weiter keinen Sinn haben, als Kampf auf der ganzen Linie gegen das Proletariat — gegen die Aufhebung der Erfolge der Rationalisierung durch die vom „Vorwärts" gedachte soziale Besserstellung der Arbeiter.

Der Kapitalismus ist in der Sackgasse — wie auch Wilhelm Dittmann im „Vorwärts" vom 19. August 1925 anerkennt. Und die lebensnotwendige Akkumulations ist ihm abgeschnitten. Kapitalismus ist ohne ständig neue Absatzmärkte in kapitalistisch noch nicht erschlossenen Ländern „zwecks Realisierung seies Mehrwertes" nicht denkbar, d. h. Rosa Luxemburg hat Recht mit ihrer Akkumulationsthese, wie Dittmann in dem angezogenen Artikel sehr richtig vermutet. Deshalb sind die Forderungen des „Vorwärts", deshalb sind die Forderungen der Gewerkschaften in ihrem soeben erschienenen Wirtschaftsprogramm Hypothesen, nebelgraue Illusionen. Deshalb steht das Proletariat vor der Alternative: Untergang in Barbarei oder Kommunismus.

Aktive Handelsbilanz

Im Januar 87 Millionen Ausfuhrüberschuß.

Die Bilanz des deutschen Außenhandels ist auch im Januar, wie im Vormonat, aktiv. Der Ausfuhrüberschuß im Januar beträgt insgesamt 68 Millionen Reichsmark, im reinen Warenverkehr 87 Millionen Reichsmark (gegen 36 Millionen Reichsmark im Vormonat).

Die reine Wareneinfuhr im Januar zeigt gegenüber dem Vormonat eine Verminderung um 50 Millionen Reichsmark; zurückgegangen sind: die **Lebensmitteleinfuhr** um 19, die **Rohstoffeinfuhr** um 27 und die Fertigwareneinfuhr dagegen nur um 3 Millionen Reichsmark. Bei der Ausfuhr sind nur unwesentliche Veränderungen festzustellen. Die Ausfuhr an Fertigwaren liegt im Januar nur um 3 Millionen Reichsmark über der Ausfuhr im Dezember. — Es betrug die

	Einfuhr Jan. 26	Einfuhr Dez. 25	Ausfuhr Jan. 26	Ausfuhr Dez. 25
	in Millionen Mark			
Lebende Tiere	5,0	5,6	1,0	0,9
Lebensmittel und Getränke	224,4	243,7	66,2	65,3
Rohstoffe u. halbfert. Waren	378,2	405,2	159,2	162,3
Fertige Waren	99,7	103,1	568,2	565,4
Reiner Warenverkehr	707,3	757,6	794,6	793,9
Gold und Silber	26,1	7,1	6,8	4,4
Zusammen	733,4	764,7	801,4	798,3

	Einfuhr Jan. 26	Einfuhr Dez. 25	Ausfuhr Jan. 26	Ausfuhr Dez. 25
	Mengen in 1000 Doppelzentner			
Rohstoffe u. halbfert. Waren	23 148,2	26 993,5	23 440,3	23 916,5
Lebende Tiere (ohne Pferde)	51,2	53,2	2,0	1,5
Lebensmittel und Getränke	4 362,5	5 497,6	2 962,6	2 924,7
Fertige Waren	714,9	688,4	5 866,0	5 549,1
Zusammen	28 277,0	33 232,8	32 271,1	32 391,9

Die „Aktivität" beruht also wieder auf der zurückgegangenen Einfuhr. Die Ausfuhr in Waren aller Art ist insgesamt nur um 3 Millionen Mark gestiegen. Dem Gewichte nach ist sie sogar zurückgegangen. Der Ausfuhrüberschuß ist also nur zustande gekommen durch den enormen Zurückgang der Einfuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen. Die Ursache ist der Rückgang der Produktion und die aus dieser folgende Kaufkraftzerstörung. Das also, was die gesamte deutsche Presse als Fortschritt und Gesundung preist, ist Rückschritt und fortschreitende Erkrankung der Wirtschaft. Selbst der Schein trügt noch, daß aus dem Ausfuhrüberschuß von 3 Millionen Mark einige Dutzend Kapitalisten einen Profit hätten. Denn die gesamte deutsche Produktion im Januar ist zurückgegangen. Die winzig kleine Mehrausfuhr ist durch den Rückgang des Konsums im Inlande um das vielfache aufgewogen.

Aus der Bewegung

Nietleben

Die zerschlagene Einheitsfront.

Wie in allen Orten Deutschlands, so versuchte auch in Nietleben die sozialdemokratische Partei in einer noch nie dagewesenen Krisenperiode des Kapitals, ihr Ablenkungsmanöver mit dem Volksentscheid in einer öffentlichen Versammlung an den Mann zu bringen. Die herbeigeeilten Arbeiter, die in Erkenntnis der politischen Vergangenheit der SPD. mit Mißtrauen und Zweifel das Referat entgegen nahmen, wurden durch dasselbe in ihren Neigungen bestärkt. Da es der Sozialdemokratie unmöglich ist, die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse einer eingehenden Kritik zu unterziehen, ohne sich als Regierungspartei dem Proletariat gegenüber zu entlarven, glich das Referat einem geschichtlichen Vortrag aus grauer Vorzeit über die schlechten und guten Handlungen des Hohenzollerngeschlechts, aus dieser Perspektive betrachtet, konnte der Redner nicht zu einer klaren objektiven Stellungnahme für oder gegen den Volksentscheid kommen, er zeigte die negativen Folgen eines Stimmen-Reinfalls auf, und glaubte damit, mit einem lachenden und einem weinenden Auge der Stunde des Volksentscheids entgegen sehen zu können. Es sprach aus ihm der ehrliche SPD.-Mann, der aus der durch das Roßtäuscher-Manöver der KPD. herbeigeführten „Niederlage" eine Einbuße des politischen Einflusses seiner Partei im parlamentarischen Kasperle-Theater befürchtete. Zur Diskussion sprachen zwei Genossen der KAP., sie schilderten im Gegensatz zu dem Referenten die augenblickliche Weltwirtschaftslage mit ihren Krisenerscheinungen, sowie deren Auswirkungen auf die arbeitende Klasse. In ihren weiteren Ausführungen erklärten sie den Unsinn der Kapitalsenteignung mit kapitalistischen Methoden und kapitalistischen Instanzen. Es wurde aufgezeigt die Stellungnahme der einzelnen Parteien zur Frage der Fürstenenteignung, wie zur Frage der Enteignung des Kapitals überhaupt, was diktiert wird von den staatspolitischen Stellungen derselben. Als Beispiel führte der Genosse die humane Haltung der Ebert-Noske- und Südekum-Regierung gegenüber dem ausgerissenen Parasitengeschlecht an; er zeigte den Arbeitern, daß es die SPD. als Regierungspartei war, welche durch ihren Minister Südekum hundert Möbelwagen voll Schmuckstücken und sonstigen Wertgegenständen über die Grenze nach Amerongen transportieren ließ. Während zu gleicher Zeit die Millionen hungernder Arbeiter von Noske im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Schein-Demokratie mit blauen Bohnen gefüttert wurden. Weiter wurde von ihm ausgeführt, daß eine Enteignung der Fürsten nur mit der Enteignung der gesamten Kapitalisten durch die befreiende Tat der proletarischen Revolution möglich ist. Im Schlußwort versuchte der Referent ohne auf die wichtigsten Argumente unserer Genossen einzugehen, die Ausführungen derselben zu widerlegen, daß ihm dieses nicht vollständig gelang, ging aus dem Resultat einer Abstimmung über eine von der SPD. eingebrachten Resolution hervor, wobei sich über die Hälfte der Versammlungsteilnehmer der Stimme enthielten. Dieses veranlaßte den Vorsitzenden der Versammlung, sich in Wutausbrüchen gegenüber den anwesenden KPD.-Arbeitern Luft zu verschaffen, er bezichtigte sie des Verrats, da sie die abgeschlossenen Vereinbarungen nicht eingehalten hatten, und daß sie zum Hohn des Gedankens der „Einheitsfront" ihre offene Zustimmung zu den Ausführungen der KAP.-Redner gegeben hätten.

Wir sagen euch, Genossen der KPD., nur so fort gearbeitet, wenn diese Leute euch auch tadeln, seid gewiß, daß ihr auf dem richtigen Weg der Arbeiterbefreiung seid. Laßt diese Leute darob noch so schreien, noch so zetern, sie wollen doch nur die Einheitsfront auf Kosten der Preisgabe eures revolutionären Prinzips, und dieses wollen auch eure Führer, die Thälmanns und die Brandlers. Diese konterrevolutionäre Maßnahme erklärt ihre Ursachen in den außenpolitischen Handelsinteressen Rußlands. Wir aber sagen euch, schließt euch zusammen mit dem bewußt kämpfenden Teil der Arbeiterklasse, erinnert euch an die Worte Karl Liebknechts: „Erst Klarheit, dann Mehrheit." Einheitsfront mit Verrätern bedeutet Niederlage! Nur eine in allen Beziehungen des Kampfes klare Masse, geschlossen in einer Front, wird den Sieg der proletarische Klasse erringen.

Forst

Die KPD. auf Massenfang.

Wenngleich alle die Versammlungen über „Fürstenabfindung" — „Fürstenenteignung", die von seiten der KPD. aufgezogen werden nach ein und demselben Schema zugeschnitten sind, wollen wir doch die am 15. 2. 26 stattgefundene öffentliche Versammlung der KPD. unserem Leserkreis nicht vorenthalten, da selbige ein grelles Schlaglicht auf die eingeschlagene Richtung dieser „Umsturz-Partei" wirft. Die Versammlung war sehr gut besucht. Der Referent, Landtagsabgeordneter Sellheim, entwickelte im ersten Teil seiner wohldurchdachten Rede Gedankengänge, die für manchen indifferenten Arbeiter einen guten Einblick in die allgemeinen Zusammenhänge der Weltwirtschaft, die Krisenerscheinungen usw. boten. Derjenige, der nun gehofft hatte daß er im zweiten Teil das Proletariat auf seine daraus resultierende Aufgaben aufmerksam machte, war um eine Illusion ärmer geworden. Stattdessen wurde auf das dringlichste darauf hingewiesen, daß es von weitgehendster Bedeutung sei, durch Erbringen möglichst vieler Stimmen für die restlose „Fürstenenteignung" der Reaktion die Faust zu zeigen. Von irgend einer Enteignung der Agrar- und Industriebarone wurde gar nicht gesprochen.

Dies besorgte nun in der Diskussion ein KAP.-Genosse. Er stempelte die ganze Fürstenabfindungsaffäre als das, was sie ist, als faules Mätzchen und Ablenkungsmanöver, und betonte, daß es wichtiger sei sich darüber Klarheit zu verschaffen, wie wir die ganze Sache anzufassen haben, um endlich Schluß mit dieser kapitalistischen Anarchie zu machen. Sturz dieser Gesellschaftsordnung, worauf der Referent überhaupt nicht hingewiesen hatte: Enteignung aller Enteigner, nicht nur der Fürsten. Bemerkenswerter Weise ging der Referent mit dem KAP.-Mann in sehr schonender Weise um. Er rügte nur, daß der Aufruf zum Umsturz wenig nütze, wenn man nicht sagen könne, wie das zu machen sei. Das schien dem Herrn Landtagsabgeordneten eine unlösbare Aufgabe. Unter anderem sagte er: „Da der Diskussionsredner Karl Marx zitierte, muß ich ihn als Klassengenossen anreden." Man hatte am Schluß der Versammlung, in der ja sehr viele Arbeitslose zugegen waren, den Eindruck, als ob doch allmählig es langsam zu dämmern beignnt. Mancher mag wohl mit allerhand Gedanken und Zweifeln, ob die KPD. wohl doch das ist, was sie immer vorgibt, nach Hause gepilgert sein.

Berlin-Charlottenburg

So sehen sie aus!

Am Freitag, den 19. 2. fand in Charlottenburg eine vom Kuczinski-Ausschuß einberufene Versammlung mit demselben Thema statt. Nachdem Tiedt, vom „I. Bund der Kriegsbeschädigten" in seinen Ausführungen die Forderungen der Fürsten zerpflückt hatte, sprach nach ihm Frau „Kapitän-Leutnant" Persius. Die liebe Dame faselte sehr viel von „Schamröte ins Gesicht steigen", vom „Deutschen Volke", von Moral und Sitte, und daß die Staatsgewalt vom Volke ausgehe und vergaß dabei nicht zu erwähnen, daß man von den Maitressen nicht so wegwerfend sprechen sollen, da sie doch als Frau sicher mehr geleistet hätten als die Fürsten. Die faulsten Witze konnte sich aber Professor Quidde leisten, vermutlich weil er einen langen weißen Bart hatte und Professor ist. Er konnte sich dummdreist hinstellen und den Anwesenden blauen Dunst von der Demokratischen Zuchthausrepublik vormachen. Mit Hilfe des Volksentscheids könne man die Fürsten schon in die Schranken weisen. Er sei zwar nicht für entschädigungslose Enteignung, aber wenn es durchaus sein müsse, stimme auch er dafür. Nachdem er noch von seinen Sturm und Drangjahren erzählte, wie er sich schon als junger Mensch für die Republik begeistert hätte, führte er noch aus, daß es eine Schande für unsere Republik wäre, wenn man den Fürsten alles in den Rachen werfe. Als ein Schriftsteller, der zu diesem Thema sprechen sollte, — wahrscheinlich bekam er das Kotzen nach diesem akademischen Erguß, — dem Professor Quidde Schwindler nannte, und seine Ausführungen als Bluff bezeichnete, setzte ein minutenlanger Lärm ein. Die anwesenden Jungstürmer versuchten sich gleich als Ordnungsmeute zu betätigen. Der Versammlungsleiter sah sich genötigt zu erklären, daß man den Zwischenrufer, wenn er nicht ruhig ist, durch proletarische Fäuste hinaus bringen wird. Dieselben Jungstürmer, denen man kurz vorher die Freude im Gesicht ablas über die Ehre, die ihnen zuteil wurde, als sie Frau Kapitänleutnant aus dem Saal begleiten durften, stimmten ein Indianergeheul an und versicherten dem Zwischenrufer, daß er ein paar in die Fresse bekommen könne, wenn er nicht endlich ruhig wäre. Nach diesem Zwischenfall konnte der der „Herr Professor" seinen Salm zu Ende quatschen. Nun sprach Dr. Klauber; er meinte, man solle der Bewegung nicht in den Rücken fallen und den Freunden des Volksentscheides keine Knüppel zwischen die Beine werfen. Weiter machte er den Anwesenden die Illusion, daß man von dem Gelde, das die Fürsten bekommen sollen, soundsoviel Erwerbslose unterstützen könne, Krankenhäuser Kinderheime und dergleichen bauen kann. Nun, wenn die kaiserliche Republik wirklich so knickrig wäre und ihren ehemaligen Potentaten nichts gibt, so hat man auch andere Herrschaften zu versorgen, wir wollen nur erinnern an den Fall der notleidenden Ruhrindustrie, die auch 750 Millionen nötig hatte und sie auch bekam, ohne Volksentscheid und ohne die „Vertreter des Volkes", den Reichstag zu fragen. Nach dem Referat des Dr. Klauber folgte Diskussion. Hier erlaubte sich die Geschäftsleitung eine Schiebung leisten zu können. Ein KAP.-Genosse, der sich rechtzeitig meldete, wurde immer zugunsten eines anderen zurückgestellt und plötzlich wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Die Mehrzahl der Anwesenden entschlossen sich jedoch dafür, unserem Genossen 10 Minuten Redezeit zu gewähren. Natürlich war es dem Genossen unmöglich, so auf die 4 Referenten und die ebensovielen Diskussionsredner einzugehen, wie es vielleicht nötig wäre. Trotzdem machte der Genosse auf den Betrug aufmerksam, den man mit Hilfe des demokratischen Plunders vollziehen will. In seinem Schlußwort drehte der Dr. Klauber die Ausführungen des KAP.-Genossen in das Gegenteil um und stellte uns als Fürstenknechte hin, die gegen Enteignung wären und noch mehr solcher Mätzchen, mit denen man hofft, die Proletarier vom revolutionären Wege abzubringen. Daß ihnen das nicht allzuleicht gelingen wird, dafür werden wir jedoch schon sorgen.

Aus der Partei

In eigener Sache

Betrifft Vertrieb und Umsatz der „KAZ."

Berliner Zentrale, G. H. A. und Presse-Kommission haben in ihrer letzten Sitzung den Entschluß gefaßt, **nach dem ersten Schritt sogleich den zweiten zu tun!** Bezüglich der Propaganda und der Erweiterung der Auflage wurde folgendes beschlossen:

Die vorliegende Nummer erscheint in erhöhter Auflage. Ebenso die folgenden drei Nummern.

Sie enthalten wichtiges Material in der Frage des „Volksentscheid", diesem größten und gefährlichsten Schwindel der je aufgezogen wurde.

Die nächsten vier Nummern müssen verwandt werden, um eine Bresche in diese Schwindelmauer zu legen, weiter um eine erhöhte Propaganda- und Werbetätigkeit für die „KAZ." und die Partei zu entfalten. **Jeder Bezirk muß sich zur Pflicht machen, die ihm zugewiesene Anzahl umzusetzen!**

Nach Ablauf dieser vier Nummern muß jeder Bezirk die Anzahl der gewonnenen **festen neuen** Abonnenten der „KAZ." mitteilen, damit eine Kontrolle über das Resultat der Kampagne möglich ist. Von der vorliegenden Nummer können Nachbestellungen erfolgen, sie ist nicht auf den Tag zugeschnitten, sondern kann noch Wochen später umgesetzt werden. **Wir fordern die Bezirke und Ortsgruppen, sowie auch Einzelbezieher auf, davon ausgiebigen Gebrauch zu machen!**

Genossen! Wir haben mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Einheitsfront des Arbeiterverrats von der KPD. bis zu den Gewerkschaften — am Schwanz hängen noch die Syndikalisten — droht die revolutionäre Bewegung, die Wahrheit zu ersticken.

Reißt die Partei zusammen! Gerade jetzt, gerade in der schwersten Zeit müssen wir auf dem Posten sein!

A. A. Groß-Berlin. G. H. A. Pr.-K.

Mitteilungen

Abonnements-Annahme-Stellen für die KAZ. in Groß-Berlin:

Norden: Fr. Malz, Fehrbelliner Straße 28, Hof III
Szomoru, Moabit, Berlichingen-Straße 10
Jul. Gehrke, Lychener Straße 31, Quergebäude 1 Treppe, bei Schulz
K. Herhold, Lichtenberg, Thürschmidtstraße
Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49
Süden: A. Fischer, Neukölln, Zieten-Straße 71
Karl Voigt, SO, Grünauer Straße 36
Georg Otto, Tempelhof, Friedrich-Franz-Straße 17
Südwesten: Tuschling, Möckernstraße 112
Centrum: J. Schurt, Brückenstraße 6
Bohnsdorf: Herm. Pohl, Apollo-Straße 16
Charlottenburg: H. Kues, Wallstraße 23
Cöpenick: W. Heiland, Schönerlinder Straße 9
Karlshorst: Klump, Junker-York-Straße 36
Königswusterhausen: Kühnel, Luckenwalder Straße 39
Nowawes: Ernst Gabel, Groß-Beeren-Straße 12
Pankow: Hans Liepe, Damerow-Straße 45
Rosenthal: Th. Jähnchen, Edelweißstraße 36 II

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schernell-Berlin.
Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„**Kommunistische Arbeiter-Zeitung**"
Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
per Post — frei Haus

Name:

Ort:

Straße: Nr.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlungen für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49, zu senden.

7. Jahrg. Nr. 18 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

März 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Mitglieder der KPD. gegen die Schwindel-Parole „Volksentscheid"!

Wenn man der „Roten Fahne" glauben könnte, wären wir nicht mehr weit vom Himmelreich entfernt. Zu jedem Frühstück erhält der Prolet seinen Aufruf vorgesetzt, in dem er lesen kann, daß man die Revolution in die Ecke stellen muß, und parlamentarische Veitstänze schmerzlos und sicher die Not der Arbeiter beheben. In ihrem letzten Aufruf für den „Volksentscheid" findet sie kein Wort mehr gegen die SPD. Dafür ruft sie die Proleten auf, gut auf die „Deutsche Erde", auf der sie massenweise verrecken, aufzupassen. Von Revolution und Diktatur des Proletariats ganz zu schweigen. Um so lauter posaunt sie die „Erfolge" aus. Pfarrer Bleier spricht in Versammlungen, die gemeinsam mit der SPD. einberufen werden und findet starken Beifall. Und es ist in der Tat wahr: Das, was die KPD. den Arbeitern noch zu sagen hat, das sagt — vielleicht mit etwas anderen Worten der „Herr Pfarrer" auch. Sie selbst hält es für viel richtiger, gegen Arbeiter, die es nicht zulassen wollen, daß die Sache des Proletariats immer aufs neue verraten wird, ihre „Roten Frontkämpfer" aufmarschieren zu lassen, damit der Herr Pfarrer nicht gestört wird, und auch die übrigen „Kämpfer", die SPD.- und KPD.-Bonzen, die, als sie in der Regierung von Kapitals-Gnaden saßen für die Erwerbslosen blaue Bohnen, für die Fürsten Milliarden und Loblieder dafür sangen, daß sie **„dem Lande hohe Kulturgüter"** vermittelt haben. Sie haben einander eben nichts mehr vorzuwerfen! Wir haben in unserer vorigen Nummer den Beweis erbracht, daß die KPD. mitsamt ihrer III. Internationale lieber den fürstlichen Schmarotzern Milliarden in den Rachen wirft, ehe sie das Proletariat zur Revolution vorbereitet, und im entscheidenden Moment den Kampf aufnimmt. Und wir freuen uns, daß, — trotzdem die III. Internationale alles versucht, die Sprecher der Opposition zu korrumpieren und leider nicht ohne Erfolg (wofür wir in der nächsten Nummer den Beweis ebenfalls liefern werden), Proletarier der KPD. sich auf ihre kommunistische Pflicht besinnen und zu den Fragen des proletarischen Klassenkampfes kritisch Stellung nehmen. In dem Rundschreiben, von dem wir in voriger Nummer einen Teil abdruckten, wird von Arbeitern der KPD., die gegen den „neuen Kurs" ankämpfen, folgende prinzipielle Stellung zur Frage des „Volksentscheid" formuliert:

„Um nunmehr auf die Bewegung und Volksentscheid und Fürstenenteignung zurückzukommen, so ist verständlich, daß die Partei auch diese Bewegung vollkommen falsch auffaßt und demokratisch verseucht. Unsere Genossen müssen sich einmal vorstellen, wie diese Kampagne enden soll. Es sind verschiedene Möglichkeiten denkbar:

Die erste Möglichkeit ist, der Volksentscheid geht wirklich auf friedlichem Wege durch, dann haben wir nichts erreicht als eine enorme Stärkung der demokratischen Illusionen. Im übrigen hält die Partei bereits einen 2. Volksentscheid parat. Diesmal über die Mieten. Den Massen wäre damit nicht viel geholfen, da das Geld natürlich auf verfassungsmäßigem Wege in die Taschen der Großkapitalisten fließen würde. Die Landesregierungen werden schon nachträglich für die nötige Sabotage Sorge tragen. Wir würden diesen Sabotage-Versuchen nicht mit der nötigen Energie entgegen treten können, da wir den Glauben an Recht und Gesetzlichkeit und an die Möglichkeit eines gewaltlosen Auswegs mit allen Mitteln gesteigert haben und jede klare Agitation für unser Endziel und unsere Endlosungen die Revolution als den einzigsten Ausweg schon heute vollkommen fehlen.

Die zweite Möglichkeit: Der Volksentscheid verrinnt im Sande, da die 25 Millionen Stimmen nicht aufgebracht würden. Dann würden wir neben der Stärkung der demokratischen Illusionen trotz alledem eine ungeheuere Niedergeschlagenheit der Masse haben, der die Partei dann am Ende ihres demokratischen Lateins ist, nichts entgegenzusetzen hätte.

Die dritte Wahrscheinlichkeit aber ist die, daß die Bourgeoisie schon während der Kampagne mit außerparlamentarischen Mitteln eingreift. Dieser Eventualität stände die Partei unter ihrer heutigen Führung ebenfalls völlig ratlos gegenüber. Es wäre eine Situation und eine Stimmung ähnlich wie nach der Chemnitzer Konferenz im Jahre 1923."

Wir haben schon des öfteren in der „KAZ." auseinandergesetzt, daß der Versuch der KPD.-Genossen, die KPD. vor dem völligen Versumpfen zu retten, eine Illusion ist. Doch wissen wir ebenfalls, daß die KPD.-Proletarier nur im schweren Ringen zu der Richtigkeit der Auffassung der KAPD. gelangen werden. Was wir aber verlangen können, ist: **Genossen der KPD.! Unterstützt uns in unserem Kampf gegen Massenbetrug und Massenverdummung!**

Die Bibel der Wirtschaft

(Schluß.)

Die Entwicklung der Handelsbilanz gibt in der kapitalistischen Wirtschaft einen sehr wichtigen Ueberblick über den Stand der nationalen Wirtschaft. Es wird im wesentlichen der Oeffentlichkeit nur durch das statistische Material möglich, sich über den Stand zu orientieren. Die hauptsächlichste Grundlage bildet das amtliche Material unter Hinzuziehung der von den Interessentenverbänden übermittelten Zahlen. Eine außerordentliche Vorsicht ist in beiden Fällen geboten, weil die Verfälschung besonders unter und wegen des Dawesgutachtens „nationale Pflicht" ist. Das Sombartsche Gesetz der dauernd abnehmenden Außenhandel, das das Gesetz der kapikapitalistischen Krise ist, zeigt sich trotzdem in vollem Umfang. Der Ueberblick wird besonders dadurch schwer, daß wir keine Produktionsstatistik besitzen, die gleichzeitig die Produktionsfähigkeit umfaßt.

Nach der Reichsstatistik betrug der monatliche Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr im ersten Dawesjahr (Sept. 24 bis Aug. 25) monatlich ca. 350 Millionen Mark, während der Durchschnitt des Jahres 1913 nur 56 Millionen ausmachte. In diesen Zahlen sind größtenteils nicht die Sachleistungen für Reparationszahlungen enthalten. Auch ist die Art der Bewertung der Einfuhr nicht einwandfrei, da sie auf einer Schätzung der Preise beruhen. Die Ausfuhr ist nach den Angaben, die Exporteure bei der Zolldeklaration machen zugrunde gelegt. Es bleibt aber immerhin noch eine sehr beträchtliche Differenz, die in den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen begründet liegt. Das erste Jahr stand im Zeichen starker ausländischer Kredite und besonders starker Nachfrage, die durch die längere Kreditsperre und die damit verbundene Einstellung der Rohstoffzufuhr hervorgerufen war. Die gleichzeitige starke Erhöhung des Geldmittelumlaufes hatte eine künstliche Konjunktur mit sich gebracht, die sich in einer Steigerung des Verbrauches zeigte. Die sog. Kaufkraft hatte sich gehoben. Mit der Einschränkung der Kredite, d. h. Stillstand der Notenpresse, brach auch die Kaufkraft zusammen. Dies ist der beste Beweis, daß der sog. Aufbau nur eine künstliche Mache ist.

Das deutsche Kapital hatte klar erkannt, daß die einzige Möglichkeit zu einer Wiederherstellung einer geordneten Wirtschaft in der Eroberung des Weltmarktes liegt. Es ist infolge seiner Stellung als Schuldnerstaat in einer ähnlichen Stellung wie das zaristische Rußland in der Vorkriegszeit. Dieses mußte einen Riesenexport von Agrarprodukten unter schlimmster Auspowerung seiner Bauernschaft betreiben, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. In genau demselben Umfang ist das deutsche Kapital gezwungen, durch weitgehendste Einschränkung des Verbrauches der deutschen Arbeiterschaft an Industrieerzeugnissen seinen Profit zu sichern. Ein möglichst hoher Export von Fertigfabrikaten ist das Problem, welches das deutsche Kapital zu lösen hat. Die selbst beschränkte Wirtschaft ist — nach den Grundlagen der gesamten Konstitution der deutschen Wirtschaft nicht möglich, wenn es auch ein erstrebenswertes Ziel und die einzige Möglichkeit einer größeren Unabhängigkeit des deutschen Kapitals ist. Die Hoffnung bildete die Befreiung von den Beschränkungen des Versailler Vertrages, die am 10. 1. 25 eintrat. Die Handesvertragsverhandlungen haben wenig befriedigende Resultate gezeitigt und alle Abschlüsse waren, wie der Bericht sich ausdrückt, „behelfsmäßig". Dazu kamen die hohen Zollmauern und die Gewöhnung der früheren Abnehmer Deutschlands an die neugeschaffenen Verbindungen mit den anderen Ländern. Selbstverständlich ist die Reparationskommission gemäß ihren Aufgaben ein starker Gegner der Schutzzollpolitik, von der sie eine Erhöhung der Produktionskosten und damit eine weitere Behinderung des Exports befürchtet.

Die Gegenüberstellung zwischen den Ein- und Ausfuhrzahlen des Jahres 1913 zeigt, daß der Durchschnitt der Einfuhr im Jahre 1925 sich auf 121 Prozent beläuft, während die Ausfuhr nur 86 Prozent derjenigen des Jahres 1913 beträgt. Wenn man zugrundelegt, daß die durchschnittliche Preissteigerung gegenüber 1913 cr. 50 Prozent beträgt, so ist die Einfuhr nur wenig gefallen, während die Ausfuhr auf die Hälfte gefallen ist. Dazu kommen allerdings noch die Reparationszahlungen von Kohle und anderen Rohstoffen mit etwa 26 Millionen Reichsmark pro Monat. Interessant ist noch die Mengengegenüberstellung für Ein- und Ausfuhr gegenüber der Vorkriegszeit. Im Jahre 1913 war die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren im monatlichen Durchschnitt 4 988 948 Tonnen gegenüber 1925 im Umfang von cr. 3 500 000 Tonnen. Die Ausfuhr betrug in Friedenszeiten fast dieselbe Menge wie die Ausfuhr, während sie im Jahre 1925 noch nicht die Hälfte ausmachte. Relativ ist die Ausfuhr an Fertigwaren von 67 auf 76 Prozent gestiegen.

Der Unterschied zwischen dem Handel im Jahre 1913 und 1925 wird besonders aus der Statistik des Handels mit den einzelnen Staat enklar. Die Einfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland ist von 855,5 Mill. im Jahre 1913 auf 1555 Millionen im Jahre 1925 gestiegen. Im Gegensatz dazu ist die Ausfuhr von 356,6 Mill. auf 259 Mill. gefallen. Die stärkere Beanspruchung der amerikanischen Einfuhr findet ihren Ausgleich in den Beziehungen zu Rußland. Einfuhr und Ausfuhr standen 1913 im Verhältnis von 712,3 Mill. zu 440,1 Millionen. Im Jahre 1925 änderte sich dies so, daß sich die Einfuhr nach Deutschland auf 74 Mill. zu 96 Mill. Ausfuhr von Deutschland stellte. Bei der Einfuhr muß ferner noch berücksichtigt werden, daß für die Anlage einer Währungsreserve Edelmetalle im Betrage von ca. 1 Milliarde eingeführt wurden.

Diese Sachlage hat zu einer völligen Umstellung der durch die Inflation geschaffenen wirtschaftlichen Organisationsformen führen müssen. Während der Inflation hatten sich riesenhafte Konzerne gebildet. Sie waren von einzelnen Industriekapitänen wahllos zusammengekauft, ohne irgendeine geschlossene wirtschaftliche Basis zu haben. Die Stabilisierungskrise hat sie völlig vernichtet. Nur mit Mühe und Not und unter den schwersten Opfern hat die Reichsbank und das Finanzkapital verhindern können, daß die gesamte deutsche Wirtschaft in den Zusammenbruch hineingerissen wurde. Aus der Rohstoffknappheit und dem damit verbundenen Preisdiktat der Syndikate wurde der Vertikaltrust herausgebildet. Die Idee war, daß die Herstellung eines Produktes von Anfang bis Ende in einer Hand vereinigt sein sollte. Es sollte dadurch der Zwischengewinn ausgeschaltet werden. An und für sich ist der Gedanke theoretisch sehr gut — in Zeiten kapitalistischer Konjunktur, wenn die Produktionssteigerung durch starke Nachfrage gedeckt ist. Außerdem war die Krise im Kohlenabsatz, die durch eine Veränderung in der Verwendung der Kohle hervorgerufen war, für die vertikale Trustform von verheerender Wirkung. Die goßen Eisen- und Stahlwerke waren mit der Kohlenproduktion belastet. Sie konnten nicht die Marktlage ausnutzen und waren häufig gezwungen, zu teuren Preisen die Grundstoffe in die Kalkulation einzusetzen. Die heutigen Bestrebungen gehen auf Stillegung der unrentablen und technisch nicht auf voller Höhe stehenden Betriebe und auf Normierung der gesamten Fabrikation. Sie werden als Rationalisierung dem Proletariat angepriesen. Ueber das Wesen dieser neuen Erfindung haben wir uns schon ausführlich geäußert.

Es ist schon oben darauf hingewiesen, daß zuverlässiges und von allen Dingen umfassendes Material über die Gesamt-

Oeffentliche Versammlung

Donnerstag, den 11. März 1926, abends 7 Uhr,
in Ahlert's Festsäle Charlottenburg, Berlinerstr. 88

Thema:
Volksentscheid — Massenbetrug — oder Revolution?
Freie Aussprache.

produktion nicht vorhanden ist. Die Kohlenförderung im ersten Dawesjahr blieb nur um 6 Prozent gegen das Jahr 1913 zurück. Dagegen hat sich die Braunkohlengewinnung gegen 1913 um 57 Prozent erhöht, so daß unter Zugrundelegung des Heizwertes die gesamte Produktion den Stand des Jahres 1913 leicht überschritten hat. Die Kokserzeugung ist um 13 Prozent gegen 1913 zurückgegangen. Roheisen und Stahlproduktion halten sich ungefähr auf der Höhe des Jahres 1913.

Wenn sich die Industrieproduktion auch im Durchschnitt auf Vorkriegsniveau gehalten hat, so bedeutet dies trotzdem einen außerordentlich hohen Rückschritt in Anbetracht der ungeheuren Steigerung des Produktionsapparates und der Produktionsfähigkeit. Sie entspricht keineswegs der technischen Vervollkommnung, wenn man zum Vergleich amerikanische Zahlen heranziehen würde. Viel schlimmer fällt aber der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion ins Gewicht. 1925: Winterweizen 2 646 753, Sommerweizen 256 275, Winterroggen 7 536 925, Sommerroggen 131 532, Sommergerste 2 160 499, Hafer 5 489 286. Durchschnittsernte 1911/13: Winterweizen 3 320 080, Sommerweizen 444 965, Winterroggen 9 453 435, Sommerroggen 2 870 132, Hafer 7 680 348 (in metrischen Tonnen).

Die Hebung des Exports ist das Problem, das die größten Schwierigkeiten bildet. Aus seiner Lösung hängt die Frage der Sachleistungen auf das engste zusammen. Diese Aufgabe hat das sog. Uebertragungskomitee zu lösen. Es hat weitgehendste Vollmachten und Verfügungsgewalt über die deutsche Wirtschaft. Der Kernpunkt des gesamten Reparationsproblems ist die Uebertragung der Lasten in möglichst großem Umfang zu ermöglichen. Die Tätigkeit in diesem Jahr erlaubt keineswegs irgendwelche Schlüsse auf die Zukunft zu machen. Irgendwelche Barübertragungen haben nicht stattgefunden. Von der Jahreszahlung in Höhe einer Milliarde, sind cr. 933 Millionen überwiesen. Im wesentlichen ist dies durch Sachleistungen geschehen. Diese hatten einen Gesamtwert von ca. 454,5 Millionen, ohne die Zahlungen auf Recoverry Rets. Die Verteilung erfolgte auf Grund der im Spa-Abkommen vorgesehenen planmäßigen Verteilung. Frankreich erhielt 57 Prozent, das sind 259 Millionen. England entnahm von seinem 22 Prozent Anteil nur 1 Prozent. Am stärksten beteiligt waren noch Italien mit 14 Prozent, und Belgien mit ca. 17 Prozent. Kohle, Koks und Braunkohlen stellen allein 70 Prozent der Sachleistungen dar, während Chemikalien sich auf 11 Prozent beliefen. Diese ½ Milliarde Staatslieferungen sind für die Kohlenbarone und das Anilinkapital ein sehr in das Gewicht fallender Verdienst, der nicht zum Geringsten gerade unter der Wirkung der Kohlenkrise die Haltung des westdeutschen Kapitals zu Locarno beeinflußt hat.

Die Sachverständigen haben am Schluß ihres Berichtes den Wiederaufbau Deutschlands nicht als Selbstzweck — es wäre auch zu uneigennützig —, sondern als einen Teil des europäischen Problems bezeichnet. Sie haben damit selbst zugegeben, daß das Scheitern des deutschen Aufbaus auch den Zusammenbruch Europas bedeutet. Die Sintflut, die sich jetzt über die deutsche Wirtschaft nach dem Ausspruch Gerlachs ergießt, läßt keinen Zweifel über den Erfolg des Dawesplanes. Trotz aller Bemühungen hat der Reparationsagent es nicht fertig gebracht, die Krise des deutschen Kapitals aufzuhalten. Die 800 Millionen-Anleihe ist verpulvert. Das deutsche Kapital steht wieder vor dem Nichts. Nach dem ersten Jahr, das überhaupt keine Belastungen brachte, steht der Bankrott schon fest. Das zweite „heilige" Jahr ist unter sehr unglücklichen Aussichten verlaufen. Enorme Zahlungseinstellungen, enorme Arbeitslosigkeit sind das Kennzeichen.

Welche Stellung hat das Proletariat zu dieser Lage eingenommen? Es wartet — und wartet.
genommen? Es wartet — und wartet. Es sieht nicht den Unterschied zwischen früheren Krisenwellen und der jetzigen, die den Widerspruch der kapitalistischen Profitwirtschaft offen in Erscheinung treten läßt. Es läßt sich in kleinbürgerliche Bewegungen, wie den „Volksentscheid", der eine Aenderung seiner Lage gar nicht bringen kann, einspannen, und spielt freiwillig das Opferlamm. Es wird diese seine Haltung teuer bezahlen müssen.

Politische Rundschau

Die Reichsbahn baut Panzerzüge

Zur Niederhaltung der Lohnsklaven. — Die Gewerkschaften einverstanden!

Die B.Z. am Mittag bringt in ihrer Nummer vom 23. Febr. im Zusammenhang mit der Aufnahme eines 100 Millionen-Kredits folgende Tatsachen ans Licht:

„Offenbar infolge des **Lohnkonflikts** wird plötzlich die Nachricht verbreitet, daß das **Eisenbahnausbesserungswerk Weiden** den Versuch gemacht habe, **Panzerzüge herzustellen, die gegen streikende Arbeiter verwendet werden sollen.**

Es ist bekannt, daß zwischen allen Reichsbehörden eine Verständigung über die Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen im Falle von Sabotageakten bei revolutionären Unruhen getroffen worden war. Im Rahmen dieser Abmachungen, **denen auch der Eisenbahnerverband seinerzeit seine Zustimmung gegeben hatte,** war auch die Herstellung eines solchen Zuges vorgesehen, der den Entwaffnungsbestimmungen nicht widersprach."

Dem „Vorwärts" war das aus der Schule plaudern natürlich unangenehm, und er veranlaßte durch eine heuchlerische Anfrage folgende amtliche Auslassung:

„In Verbindung mit dem Kredit von 100 Millionen, den die Reichsregierung der Reichsbahngesellschaft für die Vornahme von dringenden Erneuerungsbauen gewährt, sind gegen die Reichbahn verschiedene Angriffe gerichtet worden. So wurde im „Vorwärts" behauptet, die Reichsbahngesellschaft lasse Panzerzüge bauen, um sich damit gegebenenfalls gegen einen Eisenbahnerstreik zur Wehr setzen zu können. Diese Meldung enthält eine gröbliche Verzerrung des richtigen Tatbestands. Zwischen den in Betracht kommenden Reichsministerien ist ein Abkommen in der Richtung getroffen worden, daß **im Falle von inneren Unruhen eine gegenseitige Unterstützung stattfindet.** Man hat dabei auch die Lehre berücksichtigt, die der Aufstand in Mitteldeutschland den Behörden erteilt hat. Im Zusammenhang damit ist Anordnung getroffen worden, **daß Züge gebaut werden, die bewährt sind und die verwendet werden können, wenn ein Angriff auf die Bahnstrecke versucht wird.** Selbstverständlich richtet sich diese Vorkehrung nicht gegen die Eisenbahner oder gegen den Streik von Eisenbahnern, sondern es handelt sich lediglich um eine Vorsichtsmaßnahme, **die im Hinblick auf die Möglichkeit großer innerer Unruhen getroffen worden ist.**"

Das heißt auf altbacken deutsch: Die Versklavung geht natürlich — das sieht ein Blinder — so weit, daß die Proleten eines schönen Tages den Bettel hinwerfen werden. Dann muß eben der Betrieb um jeden Preis aufrecht erhalten werden durch organisierten Streikbruch. Auch rechnet man mit einer ständigen riesigen Reservearmee von Erwerbslosen, die man evtl. durch Entziehung der Unterstützung zwingen will, Streikarbeit zu verrichten. Die Eisenbahner werden natürlich nicht seelenruhig solange warten, bis sie von ihren Gewerkschaften durch einen friedlichen Streik nicht mehr vor Hunger zu Schlaf kommen können, sondern man muß damit rechnen, daß man die Arbeiter nicht dauernd mit „Volksentscheid" und anderen Jobberpraktiken hinters Licht führen kann. Und deswegen baut man vor. Daß damit die Gewerkschaften einverstanden sind, kann nur jemand bestreiten, der in den letzten zehn Jahren auf dem Monde gelebt hat. — Aber diese Dinge zeigen deutlicher als alles andere, daß das Proletariat sich vorbereiten muß zum Kampf um die Macht überhaupt, wenn es nicht unvorbereitet zusammengeschossen werden will.

Märzkundgebung.

Sonntag, den 7. März 1927, abends 7 Uhr, im Cecilienlizeum, Lichtenberg, Rathausstraße. — Musik, Ansprache, Gesang. — Eintritt 0,50 Mk. — Einlaß ½7 Uhr.

Winzerrevolten an der Mosel

Am 25. Februar, zu Nachmittag 4 Uhr hatte die Zentrumspartei nach Bernkastel eine Versammlung der Winzer einberufen, die vierte in letzter Zeit. Lange vor Beginn derselben hatten sich 4- bis 5000 aus Cues-Bernkastel und den umliegenden Dörfern eingefunden, die mit schwarzen Fahnen (!) und Schildern, die auf die Not der Winzer bezugnahmen durch Straßen zogen. Vor dem Finanzamt wurde Halt gemacht. Dort wurden sämtliche Fenster mit Steinen eingeworfen, und ehe noch die drei herangezogenen Landjäger etwas ausrichten konnten, stürmte die Menge das Finanzamt, mißhandelte die sich entgegenstellenden Finanzbeamten, warf sämtliche in den Zimmern befindlichen Gegenstände und alle Akten auf die Straße, wo sie aufgestapelt und angezündet wurden. Der Zug ging dann zur Finanzkasse, die gleichfalls gestürmt wurde. Auch hier wurden alle in der Kasse befindlichen Gegenstände, darunter auch der Geldschrank, auf die Straße gestürzt, und alles Brennbare verbrannt. Weiter ging der Zug auf die andere Moselseite nach Cues zu dem dort liegenden Zollamt, wo sich das gleiche wiederholte. Die Beruhigungsversuche des Landrats, der Landjäger und der Pfarrer waren ohne Wirkung.

In der darauf stattfindenden Versammlung unter freiem Himmel, in der die Reichstagsabg. Prälat Dr. Kaas und Dr. Guerard sprachen, rügten die Referenten die Exzesse und es gelang ihnen, die Winzer zu beruhigen. Die Versammlung ging schließlich in Ruhe auseinander, ohne daß die Auftritte sich wiederholten.

Das Bürgertum fühlt instinktiv das nahende Chaos, beginnt gegen seine eigene Ordnung zu rebellieren. Die sich zuspitzende Wirtschaftskrise treibt selbst die frommen Weinbauern zum Kampf gegen die untergehende Wirtschaftsordnung. Werden die Proletarier bald begreifen, daß sie vor den Kleinbauern in den Riß der Geschichte müssen und die Vorbereitung zu ihrem Befreiungskampf treffen?

Verbrecher als Richter

Der Fall Jürgens — der Fall der bürgerlichen Gesellschaft.

Großes Aufsehen erregt in diesen Tagen die Verhaftung des Untersuchungsrichters Jürgens, der am Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik amtierte. Er fand hier reichlich Gelegenheit, seinen Kommunistenkoller auszutoben, und zahlreiche revolutionäre Arbeiter unschädlich zu machen. Er selber wäre würdig, als Häuptling der ganzen faulen bürgerlichen Gesellschaft angesprochen zu werden. Auf dem Gebiete des Betruges, des Inszenierens von groß angelegten Einbrüchen, um hohe Geldsummen für sich zu erzielen, war er Meister. Im Nebenberuf war er Richter — hier „untersuchte" er gleich seine Angelegenheit, ließ wichtige Akten verschwinden, um so ehrenvoll den nächsten Betrug vorzubereiten. Herrliche Berufs-Aussichten für manchen Amtskollegen. —

Jürgens war in der letzten Zeit am Amtsgericht Charlottenburg tätig. Nachdem er etwa drei Jahre als Untersuchungsrichter in Stargard in Pommern tätig war, ist er nämlich um die Jahreswende „wegen seiner besonderen Verdienste" nach Berlin versetzt worden. Jürgens, der politisch der Zentrumspartei angehört, war die rechte Hand des berüchtigten Untersuchungsrichters Vogt und hat mit diesem Zusammen den bekannten Tscheka-Prozeß, den Bozenhardt-Prozeß und eine ganze Anzahl anderer Kommunistenprozesse vorbereitet. Wie Vogt war auch Jürgens Untersuchungsrichter für den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik. Jürgens führte in Stargard ein verschwenderisches Haus und lebte mit seiner Frau auf größtem Fuße. Er konnte sich zahlreiche Auslandsreisen leisten; so unternahm er im Frühjahr 1925 eine mehrwöchige Erholungsreise nach Madeira, Teneriffa, Südspanien und Portugal. Im Sommer desselben Jahres ging Jürgens außerdem noch in die Sommerfrische nach Kolberg. Dort fingierte er am 29. August 1925 einen Einbruch und gab nachher der Versicherungsgesellschaft an, daß ihm und seiner Frau Schmuck im Werte von mehreren tausend Mark gestohlen worden sei. Die Versicherungsgesellschaft mußte ihn für den entstandenen Schaden entschädigen. Oeffentlich verbreitete Jürgens die Behauptung, daß die Kommunistische Partei den Einbruch verübt hätte, und zwar weil sie sich an ihm wegen seiner Tätigkeit als Untersuchungsrichter hätte rächen wollen. Im Herbst 1925 fingierte Jürgens einen neuen Einbruch, und zwar diesmal in seiner Wohnung in Stargard. Wie jetzt erwiesen ist, hatte seine Frau vorher um hundert Mark einen Landstreicher gedungen, der dafür einige anonyme Drohbriefe schrieb, in denen im Namen der Kommunistischen Partei mit einem Einbruch gedroht wurde. Bei diesem zweiten fingierten Einbruch sollen Schmuckgegenstände und Wertsachen im Werte von über 25 000 Mark verloren gegangen sein. Bezeichnend ist, daß wichtige Akten aus Kommunistenprozessen bei diesem fingierten Einbruch verbrannt wurden. Jürgens hat offenbar dabei die Spuren seiner verbrecherischen politischen Schwindeleien und seiner Lockspitzeltätigkeit beseitigt. Um die Sache als echt darzustellen, wurde die Wohnung vollkommen verwüstet, ein Bild zerschlagen, eine Marmorsäule mit Büste zertrümmert und sogar einem Dompfaffen der Kopf abgerissen. Sofort nach diesem Einbruch wurde eine Hetzjagd gegen Kommunisten veranstaltet.

Er besaß die schamlose Frechheit, sein eigenes Dienstmädchen zu beschuldigen, daß sie mit den „kommunistischen Verbrechern" in Verbindung gestanden habe. Das bedauernswerte Mädchen wurde von der Polizei mit den unerhörtesten Erpressermethoden bearbeitet, um aus ihr falsche Aussagen zu erpressen, die zur Handhabe gegen die Kommunisten und gegen den Roten Frontkämpferbund dienen sollten. Auf Grund der erpreßten Aussagen dieses Dienstmädchens wurde dann auch ein Verfahren gegen den Roten Frontkämpferbund beim Staatsgerichtshof anhängig gemacht. Als Nebenprodukt seiner verdienstvollen Tätigkeit erhielt Jürgens von der Versicherungsgesellschaft seinen angeblichen Schaden ersetzt.

Die gegenwärtige Affäre Jürgens ist nicht die erste, deren Hauptperson Jürgens ist. In eine sehr peinliche Angelegenheit war Herr Jürgens 1918 kurz nach dem Kriege verwickelt, er ist nur damals um die Sache herumgekommen, weil die allgemeine Amnestie für Kriegsteilnehmer sein Schuldkonto auslöschte. Wenn nur ein Teil der Beschuldigungen, die gegen Jürgens damals gerichtet wurden, den Tatsachen entspräche, so hätte das genügen müssen, um diesen Mann als Richter unmöglich zu machen.

Jürgens war als Hauptmann beim stellvertretenden Generalkommando in Hannover. Ihm war die Leitung der Spionage-Abteilung übertragen worden, das ist ein sehr einflußreicher Posten gewesen, die Herren, die das Amt hatten, genossen große Freiheit in ihren Entschließungen. Jürgens hatte aber zu seinem Posten auch noch die Bekämpfung der Hamsterei übernommen; in dieser Stellung hat er seinen Einfluß und seine Befehlsgewalt in der schwersten Weise mißbraucht. Wer Herrn Jürgens nicht angenehm war, der verschwand irgendwo auf einem Kommando oder an der Front, er kommandierte Leute an andere Stellen und schickte gleichzeitig einen Befehl mit, daß der Mann ohne seine spezielle Erlaubnis keinen Urlaub haben dürfe, oder er gab sogar noch schlimmere Weisungen. Das hat sich dann später herausgestellt. Jürgens trieb die Sache schließlich so toll, daß sie nicht nur in den Stuben des Generalkommandos, sondern auch in der Stadt Hannover besprochen wurde. Es war kein Wunder, daß nach dem politischen Umsturz die Tätigkeit des Hauptmanns Jürgens, der sich in den ersten Phasen der Revolution sofort in Zivil warf und aus Hannover floh, etwas genauer unter die Lupe genommen wurde. Der damalige Oberstaatsanwalt am Landgericht Hannover, Storp, hat, nachdem etwa 60 Fälle von Betrug, Freiheitsberaubung, Mißbrauch der Amtsgewalt, festgestellt waren, gegen Jürgens und gegen seine damalige Braut, die jetzige Frau, einen Haftbefehl erlassen.

Auf dem Bahnhof Hannover wurden an der Handgepäck-Aufbewahrungsstelle zwei große Pakete aufgefunden, die Jürgens von seinem Burschen dort hatte deponieren lassen. Diese Pakete enthielten Akten des Generalkommandos, die für Jürgens sehr unangenehm waren. Es waren Akten der verschiedensten Art, in denen Jürgens als Leiter seiner Abteilung Verfügungen getroffen hatte, die wohl aus der Kriegs-Psychose heraus verstanden, aber nicht gebilligt werden konnten. So befand sich, um nur einen Fall herauszuheben, ein Verfahren gegen einen Unteroffizier darunter, in dem Jürgens verfügt hatte, daß der Unteroffizier sofort ins Feld zu schicken sei, und zwar zur Verwendung in der vordersten Linie, „damit er fällt".

Das sind die Staatsstützen, so korrupt und degeneriert, können sie als Richter „Recht sprechen. —

Hier sehen die Proleten, wie der ganze Plunder der Gesetzlichkeit zerfällt. Die Heiligkeit der Eide und wie der faule Plunder sonst noch heißen mag, sind nur Machtmittel, um die hungernden Rebellen niederzuhalten.

Ueber die Anarchisten

Im Verlag „Der freie Arbeiter" ist eine Broschüre erschienen unter dem Titel „Das ABC des revolutionären Anarchisten". Der Preis beträgt 20 Pfg. Betrachtet man den Inhalt der Schrift aufmerksam, so kommt man zu dem Schluß, daß sie keinesfalls ein ABC des Anarchismus ist. Derjenige, dem die anarchistischen Lehren fremd sind, wird sie schlecht aus diesem Heftchen ersehen können.

Wollen die Anarchisten wirklich eine freie Gesellschaft ohne jede Gewalt und jeden Zwang errichten, so müssen sie mindestens den Weg zu dieser absoluten Freiheit aufzeigen. Auch wir Kommunisten wollen zur klassenlosen und zwangslosen Gesellschaft, doch wissen wir, daß sie nicht sofort den Kapitalismus ablöst. Von der Umwälzung der kapitalistischen Wirtschaft zu einer herrschaftslosen Gesellschaft ist in dieser Schrift nichts zu entnehmen. Es mag sein, daß die Schrift spezifisch anarchistisch gesehen ihren Zweck erfüllt. Für uns revolutionäre Arbeiter, die wir alle Dinge geschichtlich, marxistisch untersuchen, weist sie Lücken über Lücken auf.

Die anarchistischen Grundsätze vom freien Leben und freien Schaffen sind ja sehr schön, welches Wesen wünscht wohl keine Freiheit? Was können aber die Proletarier mit diesen Grundsätzen anfangen? Das Proletariat soll ebenfalls jede Gewalt vernichten, sowie alle Gefängnisse, Richter und Henker. Würde das Proletariat die Möglichkeit haben, ohne jede Gewalt und ohne Macht die klassenlose und herrschaftslose Gesellschaft zu verwirklichen, so wären wir Proletarier der KAPD. und AAU. gern damit einverstanden. Die harten Tatsachen belehren uns jedoch eines besseren. Solange Klassen existieren, kann es nie eine Freiheit für alle Menschen geben. Die herrschende Klasse von heute, die im Besitz der Produktionsmittel ist, lebt ja in Freiheit, und gerade die Freiheit der Bourgeoisie beruht auf der Unterdrückung der Arbeiterklasse. Diese Klasse kann also nie für die Freiheit der Arbeiterklasse sein, da es ihren Untergang bedeutet. Aus diesen Gründen kann das Proletariat sich nur dann von der kapitalistischen Sklaveri befreien wenn es seinen Unterdrückern, der besitzenden Klasse, die Freiheit nimmt. Das geht jedoch nicht ohne die Macht und Gewalt der proletarischen Klasse. Die Gewalt ist eben auch die Geburtshelferin der kommunistischen Gesellschaft, aus der sich erst die klassenlose Gesellschaft entwickeln kann. Wir müssen feststellen, daß die Anarchisten zu wenig die herrschenden Klassenverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit analysieren, ebenso den Staat.

Jeder denkende Arbeiter wirft sich die Frage auf, ob es möglich ist, von der heutigen Lohnsklaverei in das Reich der Freiheit zu springen, wo jeder Klassenkampf ausgeschaltet ist und die Bourgeoisie aufgehört hat zu existieren. Diese Frage behandeln sämtliche anarchistischen Theoretiker sehr ausweichend oder garnicht. Hierin besteht die schwächste Seite der Anarchisten, was in der Schrift von Machno zum Ausdruck kommt. Vergegenwärtigt man sich das heutige Wirtschaftssystem mit seiner spezialisierten Technik und seines hieraus bedingten Verteilungsapparates der Güter sowie Ernährung der Bevölkerung, so wird auch für die kommunistische Bedarfswirtschaft ein Apparat notwendig sein. Zu gut wissen wir aus der Geschichte, daß die Bourgeoisie nie gutwillig auf ihre Macht verzichten wird, auch dann noch nicht, wenn das Proletariat im Moment die Macht der besitzenden Klasse gebrochen hat. Um die Macht der Ausbeuterklasse endgültig zu brechen und um die Voraussetzungen für eine freie Gesellschaft zu schaffen, wo jede Unterdrückung des Menschen durch den Menschen aufhört, bedarf es nach unserer Erkenntnis ein Uebergangsstadium, die Diktatur des Proletariats. Die Anarchisten werden jetzt sagen, seht, sie wollen wieder über anderen Menschen herrschen, sie errichten neue Gewalt und eine neue Sklaverei. Machno zeigt auch auf Rußland und führt dies als Beispiel für die neue Unterdrückung durch die „Kommunisten" an. Das Rußland von heute hat mit der Diktatur des Proletariats nichts gemein, da es die Diktatur über das Proletariat in Wirklichkeit ist. Im heutigen Rußland existiert kein Rätesystem, durch das das Proletariat selbst herrscht über die Bourgeoisie. Die Bolschewiki haben den Kommunismus mißbraucht für ihre Parteidiktatur, die in der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland liegt. All ihre verräterischen Handlungsweisen seit 1921 sind kein Beweis, daß die Diktatur des Proletariats keine Notwendigkeit im Interesse des Kommunismus ist. Die proletarische Revolution ist eben eine internationale Angelegenheit, weckt die in einem Lande ausbrechende Revolution nicht das internationale Echo, dann wird sie eben an ihren Ausgangspunkt zurückgeworfen. In Rußland selbst bildet das Proletariat eine verschwindende Minderheit, und die russische Regierung stützt sich auf die ökonomische und ideologische Macht der Bauern. Es ist eben — um zu richtigen Schlüssen zu kommen — nicht nur eine Kritik subjektiver Handlungen und ihre Brandmarkung nötig, sondern auch eine Erklärung auf Grund der gesellschaftlichen Zustände. Wenn das Proletariat nach der Erkämpfung der politischen und ökonomischen Macht, außerdem seine Hände wieder in den Schoß legt und vergißt, durch seine Räte, die sofort abberufbar sind, selbst zu bestimmen über die eigenen Geschicke, so wird es immer einem Verrat von Führergruppen ausgesetzt sein.

Die Lehren seit 1918 haben uns gezeigt, wie das Proletariat in Zukunft der revolutionären Erhebung handeln muß. Aus den Betrieben heraus muß das Proletariat seine Macht errichten und festigen. Alle gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Drohnen muß es zum Teufel jagen, sie unschädlich machen, damit sie keine Henkerarbeit für die Bourgeoisie leisten können. Auch die KPD, mit ihren Parlamentariern, die nicht genug mit den Sozialdemokraten schachern können, sind eine Gefahr für die Revolution, da sie reformistisch verseucht sind. Nur ein Selbstdenken und -handeln des Proletariats kann sich von der kapitalistischen Unterjochung befreien.

Wie unklar die anarchistisch eingestellten Arbeiter sind, beweist ihre Stellung zu dem Volksentscheid. Die Syndikalisten, die unter dem Einfluß der anarchistischen Größen stehen, glauben an eine gesetzliche Regelung der Fürstenenteignung im kapitalistischen Staat. Wenn schon der Staat nach der anarchistischen Theorie das Grundübel alles Bösen ist, wie können dann die „antistaatlichen" Syndikalisten, die auf anarchistischem Boden stehen, die Verfassung des Ausbeuterstaates als ein Kampfinstrument für das Proletariat betrachten? Hieraus können wir sehen, daß die Anarchisten mit ihrer eigenen Theorie nicht im klaren sind.

Machno spricht in einem Satze auch von freien Sowjets, doch erläutert er nicht näher, wie er sie sich vorstellt im Zusammenhang mit der Gesellschaft, welche Aufgaben die freien Sowjets haben sollen.

Eine bewaffnete Macht des Proletariats wird solange notwendig sein, wie der kommunistischen Gesellschaft von innen und außen Gefahr droht. Die Bewaffnung des Proletariats muß jedoch auf Selbstdisziplin beruhen und darf mit Militarismus und Kadawergehorsam nichts gemein haben. Die „Rote Armee" in Rußland beruht heute auf Militarismus und hat mit einer Bewaffnung des Proletariats, wie wir sie erstreben, nichts mehr zu tun. Nur ein selbstbewußtes Proletariat wird sich nicht mißbrauchen lassen, wenn es bewaffnet ist, gegen seine eigenen Klassengenossen. Die Soldatenspielerei der KPD. mit ihren „roten" Frontkämpfern führt zum rot angestrichenen Militarismus, der sich gegen das Proletariat schon jetzt richtet. Wir bekämpfen ihn daher als unkommunistisch und klären das Proletariat über seinen wahren Charakter auf.

Wer freies Leben für die Menschheit schaffen will, muß mindestens dem freien Leben einen Inhalt geben. Wie die Anarchisten sich eine Produktion in einer freien Gesellschaft vorstellen und erstreben wollen, erfährt man nicht durch sie. Wenn das Proletariat seine kapitalistischen Ausbeuter besiegt hat, so übernimmt es einen komplizierten Produktionsapparat, der zur Bedarfswirtschaft umgestellt werden muß. Technik und Wissenschaft müssen auf das intensivste ausgenutzt werden, um die physischen Kräfte des Proletariats zu schonen. Hier kann nur planmäßig vorgegangen werden.

Wohl soll jeder Mensch nach seiner Befähigung seine Arbeit verrichten. Die Entwicklung der Verhältnisse zwingt uns Kommunisten zu einem planmäßigen und gut organisierten Handeln, wollen wir eine höhere Entwicklung der Menschheit erstreben, in der das Individium sich frei unterzuordnen hat, im Intersse der gesamten Gesellschaft.

Mögen die Anarchisten einstweilen aus den Wolken der absoluten Freiheit herabsteigen auf den Boden der wirklichen Entwicklung und aus den Erfahrungen der Technik und Wissenschaft eine neue Welt mit errichten helfen, in der vorerst das Proletariat als Klasse herrschen wird. In dieser Gesellschaft kann es allerdings noch keine zügellose Freiheit geben, doch wird diese Gesellschaft der Anfang für eine freie Gesellschaft sein.

Um was geht es in der KPD.?

Der Leninismus und seine Methoden

Im Rundschreiben zur bevorstehenden Kreistagswahl der B.-L. Niedersachsen vom 25. November 1925 wird befohlen:

„In Kreisen, in denen zur Kreistagswahl keine kommunistische Liste aufgestellt ist, stellt die KPD. ihren Mitgliedern und Wählern frei, für die Liste der SPD. zu stimmen."

Zu Neujahr 1926 erschien der Wandkalender der „NAZ." in den **Farben Schwarz-Rot-Gelb** mit dem Gedenktag der Gründung **der 2. Internationale.**

„Mit vollen Segeln saust die KPD. in den reformistischen Sumpf.

Mit dem Geschwafel einer „Neuen Taktik" will die Partei verdecken, daß sie in Wirklichkeit eine sehr alte Taktik betreibt, jene verbrecherische Taktik, die 1914 zur Bewilligung der Kriegskredite, 1918 zur Verpfuschung der Revolution und 1923 zum Verrat des kämpfenden Proletariats durch die Brandlerpolitik führte.

Wer vor dieser Politik warnt, wird von den jetzigen Machthabern in der KPD. erwürgt. Jegliche Kritik ist unterbunden. Bei leisester Opposition wird die Hungerpeitsche der sofortigen Entlassung geschwungen, und wo dieser Terror auf aufrechte Genossen stößt, Schmutzkübel schmierigster Verleumdungen über sie ausgegossen.

Sekretäre und Redakteure wurden in Massen entlassen und ins Ausland „verbannt". Ueber unsern Genossen **Katz** hatte das Polbüro nach seiner Rückkehr aus Moskau Verbannung zu den Eskimos in Lappland beschlossen, was später dahin gemildert wurde, daß er sich das Land der Verbannung aussuchen konnte. Stillschweigend ging Katz in die Verbannung. Er fügte sich dem Wahnsinn der Machthaber. Aus Disziplin!

Ein kleiner Umschlag kam, als **Ruth Fischer**, die als frühere Linke diese Rechtspolitik mitmachte, so weit ging, sogar mit Demokraten und Zentrum gemeinsame praktische Arbeit machen zu wollen und darüber stürzte. Aber nur wenige Tage. Dann kam ein um so schlimmerer Rückschlag. An Ruth Fischers Sturz schwangen sich jene Dunkelmänner nach oben, die im Oktober 1923 das Proletariat verraten hatten und von den empörten Mitgliedermassen der KPD. beiseitegestellt waren. Jetzt kamen sie hoch, wutschnaubend, völlig stumpf gegen Wohl und Wehe der Partei. Mit verbissenen Gesichtern ziehen die **Ewert, Remmele** und **Dahlem** durchs Land, Rache zu nehmen an ihren Gegnern von Frankfurt."

„Die Gewaltherrschaft geht ihrem Höhepunkt zu.

Zunächst wurde die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg aufgelöst und unter frechem Bruch der Parteistatuten **Scholem** als Vertrauensmann der Berliner linken Kommunisten von einer zusammengeschobenen Parteiarbeiterkonferenz unter gemeinen Verleumdungen aus der Zentrale ausgeschlossen. Die großen proletarischen Bezirke **Thüringen, Ruhr** und **Westsachsen** wurden des Rechts der Selbstverwaltung beraubt und einem „Kommissar" der Zentrale unterstellt. **Der Bezirk Pfalz, seit je stets tapfer auf dem linken Flügel der Partei, wurde nach fruchtlosen Versuchen, seine Sekretäre mit der Hungerpeitsche kirre zu kriegen, einfach aufgelöst und auf die Bezirke Saar, Mittelrhein, Hessen und Baden aufgeteilt.** Die Pfälzer Genossen sind aufs tiefste erbittert. Sie haben jetzt die Beiträge gesperrt. Es war klar, daß nun auch der Bezirk **Niedersachsen** daran glauben mußte. Mit Ausnahme von Braunschweig war unser Bezirk immer links gewesen. Noch auf der letzten Parteiarbeiterkonferenz stellte er die relativ zweithöchste Delegiertenzahl der Linken. Das war der Parteileitung bei ihrem schwarz-rot-goldenen Kurse ein Dorn im Auge. Solch ein Bezirk mußte in die Luft gesprengt werden, koste es, was es wolle. Ob sich jemand zu solcher Schurkerei hergeben würde? Natürlich.

In Hannover saß ja **Miller**, von dem es in der berüchtigten Fraktionsschrift der Brandlergruppe, die Anlaß zur Einleitung des Verfahrens gegen die Radek-Brandlergruppe in Moskau war, heißt, **daß er als ihr Vertrauensmann in Hannover säße, „die Ohren spitz halte", um zu geeigneter Zeit loszuschlagen.** Ein Mensch ohne Skrupel. Zäh und verschlagen, zu jeder Tat fähig, im Parteihause wohnend, mit Verfügungsrecht über zahlreiche Gelder. Er wurde zum Mittelpunkt der Reaktion bestimmt."

Die Bezirksleitung selbst ist eine völlige Null. Der politische und auch der organisatorische Leiter, landesfremd und landesunkundig, ohne Fühlung mit den Ortsgruppen, Politisch, wie organisatorisch völlig unfähig, torkelten die Bezirksleiter von einer Politik in die andere. **Wehte der Wind links, waren sie links. Wehte der Wind rechts, waren sie rechts.** Je nach Anweisung von oben, jubelten sie der linken Ruth Fischer zu, jubelten sie der rechten Ruth Fischer zu, jubelten sie dem Sturze Ruth Fischers zu, nannten sie Maslow vor Gericht einen „echten Helden", nannten sie Maslow vor Gericht einen „unwürdigen Feigling". Schnell wurden solche Leute Millers Beute.

So schob Miller sich und seine Freunde unseligen Angedenkens vom Oktober 1923, die **Capito, Hehnen, Gmeiner, Nolting, Werner**, in einflußreiche Stellen. Ebenso wurde alles, was links war, beseitigt. Die Genossen **Gohr, Malle, Langrehr, Sedat, Karwahne** usw. wurden nach und nach aus der Bezirksleitung, der Unterbezirksleitung, der Vertretung des Ortsvorstandes, dem Provinziallandtag usw. entfernt. **Kötter**, der linke Unterbezirksleiter von **Bielefeld**, wurde nach Berlin abgeschoben. Linke Ortsgruppen wie **Göttingen**, wurden völlig zerschlagen, die Ortsleitung Hannover beseitigt.

Diese Fraktionsarbeit gegen die linke Mitgliedschaft war schließlich das einzige, was die KPD. in Niedersachsen noch machte. Politisch wurde sie still und stiller. Versammlungen wurden so gut wie nicht mehr abgehalten. **Die Ortsgruppen wurden völlig vernachlässigt. Es gibt Ortsgruppen, in denen sich seit einem Jahr kein Mitglied der Bezirksleitung hat sehen lassen.** Wünsche, Anregungen, Forderungen der Ortsgruppen blieben unberücksichtigt. Die Bezirksleitung merkte nicht einmal, ob eine Ortsgruppe eingegangen war. Die Liste solcher Orte, die Fragebogen nicht zurücksandten, wurde länger und länger.

(Aus dem Rundschreiben der KPD.-Ortsgruppe Hannover.)

Das Pappschwert „Volksentscheid" fängt an zu verkohlen

Die ungeheuere „Begeisterung" fängt langsam an, einem fassungslosen Staunen Platz zu machen. Das Pappschwert „Volksentscheid", mit dem die sozialdemokratischen Parteien auszogen und dem Drachen Kapitalismus gehörig eins auf das Fell zu zünden, entpuppt sich immer mehr als ein harmloses Spielzeug für harmlose politische Kinder. Es taucht nämlich die Frage auf: Wie begegnet man der Sabotage der kapitalistischen Bürokratie. Auf dem Lande beherrscht die reaktionäre Bürokratie größtenteils die demokratisch-kapitalistischen Staats- und Verwaltungsfunktionen. Die beiden sozialdemokratischen Zeitungen „Vorwärts" und „Rote Fahne" bringen täglich ganze Seiten voll Berichte über diese Sabotage. Die Reichsregierung hat darauf eine „Mahnung" erlassen, die besagt: „Kinder, macht die Sache doch nicht so plump, ihr zerstört ja den ganzen Glauben an die Demokratie, und wir können doch froh sein, daß die „Arbeiterparteien" den Massen die demokratische Nebelkappe so dicht über die Löffel gezogen haben. Unter den vielen Briefen — die „Rote Fahne" stellt sogar fest, daß auch sozialdemokratische Landräte ihre Listen beschlagnahmt hätten — nachstehend einen, der die ungeheure Angst der Agrarier vor der **„Abrechnung"** ausdrückt:

„Sauwinkel i. Ostpr., den 24. Februar 1926.
Kommunistische Partei Deutschland
Rostenthalerstr. 38
Berlin C 54

Der Partei zur gefl. Nachricht, daß die mir eingesandten Eintragungslisten zum Volksentscheid über Fürstenvermögen ich heute erhalten habe, welche auch gleich bei mir eine gute Verwendung gefunden haben.

Mir mangelte es nämlich an Klosettpapier, und habe ich sie auch gleich zum Arschwischen benutzt und sie mir gute Dienste dabei geleistet haben.

Sie können versichert sein, daß Ihre Listen im vergoldeten Zustand bei mir im Klosett gut aufgehoben sind. Sollten Sie in Zukunft noch ein Anliegen haben, so schicken Sie mir nur getrost noch mehrere solcher Listen, aber möglichst in Pergamentpapier, da die ersten etwas hart waren. Wir Ostpreußen sind in dieser Hinsicht etwas verwöhnt und benutzen nur Pergamentpapier. In der Hoffnung, recht bald mehr solcher Arschwische zu bekommen, begrüße ich Sie im Namen sämtlicher ostpreußischer Antikommunisten und wünsche Ihnen noch recht viel solcher Erfolge."

(Rote Fahne vom 27. 2. 26.)

Es ensteht somit die Frage: Was soll nun werden? Man muß nämlich dabei noch folgendes bedenken: Auf dem flachen Lande liegt die Sache so, daß das Einzeichnen auf die Listen sehr oft verbunden ist mit dem Risiko des Verlustes der Existenz, weil die Einzeichnung öffentlich ist. Schon aus dem Grunde werden viele sich nicht einzeichnen in Listen, die die Namen all derer enthalten, die man gern wissen möchte. Das „freie Wahlrecht" entpuppt sich als das Pappschwert, daß sofort verbrennt, wenn es auch nur in die Nähe des Feuers des Klassenkampfes kommt. Will nun etwa die SPD. auf die Barrikaden steigen! Oder die KPD. dort ein „Einheitskomitee" hinschicken? Wenn man der „Roten Fahne" glauben könnte, dort steht dieser Unsinn tatsächlich drin. — Ob den Volksentscheidaposteln das Lächerliche ihrer Rolle gar nicht zum Bewußtsein kommt?

Beinahe vergessen

Nachlässigkeit der „KAZ."

Unsere Leser müssen entschuldigen, wir haben ein ungeheuer wichtiges Ereignis an uns vorbeiziehen lassen, ohne dieses Ereignis gebührend zu würdigen:

Fritz Ebert ist ein Jahr tot!

Wir können auch heute nicht ausführlich das Verdienst Eberts an der Arbeiterbewegung würdigen. Unser Mitarbeiter, der sich diese Aufgabe gestellt hatte, ist bei der Lektüre der bürgerlichen Zeitungen und der Huldigungen der Regierungen so überwältigt worden, daß es ihm unmöglich war, zu schreiben. Er gibt den Arbeitern dafür folgenden gutgemeinten Rat:

Sie möchten das, was Ebert für die Arbeiter getan hat, selbst nachlesen: Zum besonderen Studium empfiehlt er die Akten des Magdeburger und Münchener Prozesses. Dort steht ausführlich nicht nur daß, sondern wie er jeder Bewegung gegen den Hunger, gegen das Massenmorden, gegen den Kapitalismus das Genick umgedreht hat. Er hat sich noch nicht einmal „zwingen" lassen, wie das die KPD. von den Arbeitern in bezug auf SPD. und ADGB. verlangt, sondern hat leichten Herzens und kaltblütig die Proleten in die Schützengräben, Massengräber, Zuchthäuser und vor die Standgerichte gebracht. Das wird dann schon genügen, um sein Verdienst richtig zu würdigen. Außerdem ist noch der „Vorwärts" vom 28. 2. zu empfehlen. Dort wird auseinandergesetzt, daß dies alles für die Arbeiter war. Auch ist dort sein Grab abgebildet, mit einem riesigen Heiland darauf. Er war also nicht nur ein „Kämpfer", sondern ein solch guter Christ, auf den jeder Pfaffe stolz sein kann. — Schade für den Menschen, ewig schade. Hoffentlich begreifen die Arbeiter, was sie von den noch Lebenden desselben Kalibers noch haben: **Noske und Konsorten!**

„Keinen Pfennig den Fürsten, Sammelt Geld zur Durchführung des Volksentscheids!"

rufen die Fürstenknechte von Landsberg bis Böttcher, weil dieser grandiose Schwindel für sie heute ein gutes Geschäft ist.

Keinen Pfennig diesen Konjunktur-Politikanten,

die nur brüllen weil sie nicht direkt an der Kapitalsfutterkrippe sitzen.

Alles für den Kampffonds der revolutionären Partei des klassenbewußten Proletariats!

die unermüdlich und allen Verleumdungen zum Trotz für Klarheit und Wahrheit kämpft

muß die Antwort des revolutionären Proletariats sein!

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49 029.

Wirtschaf

Zur Weltwirtschaftskonferenz

Zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz hat der Völkerbund einen Ausschuß gebildet der voraussichtlich im April 1926 zusammentreten wird. Aufgabe des vorbereitenden Ausschusses ist es, ein Programm aufzustellen. Die Mitglieder des Ausschusses — darunter drei Deutche — sind von dem Völkerbunde berufen worden und nach dessen Absichten nicht als Vertreter ihrer Regierungen oder Organisationen zu betrachten, sondern als Vertreter des Gesamtkapitals ihrer Länder, als Klassenvertreter.

Auch die einzelnen nationalen Kapitalismen treffen Vorbereitungen für die Weltwirtschaftskonferenz. Die internationale Ausweglosigkeit zwingt die Kapitalistenklassen zu dem Versuch, die Gegensätze zu überbrücken, die sich durch den Weltkrieg nicht beseitigen ließen. In Deutschland sind verschiedene Wirtschaftsorganisationen dabei, eine auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende Forschungsstelle für europäische Wirtschaftsverständigung zu schaffen, welche die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der europäischen Kapitalismen untersuchen soll. In anderen Ländern sind ähnliche Organisationen am Werke, bzw. im Entstehen begriffen.

Die gesamten bürgerlichen Wirtschaftstheoretiker, die sich den Kopf um die Lebenshaltung des Weltkapitalismus zerbrechen, sind in einem verhängnisvollen Irrtum über Ursachen und Wirkung, d. h. über die Entstehung der Weltwirtschaftskrise und ihrer Beseitigung begriffen. Es soll nicht verkannt werden daß die verschiedenen sich kreuzenden und sich entgegenarbeitenden handelspolitischen Wege der verschiedenen Länder den internationalen Handel und Verkehr erschweren und verteuern, d. h. eine Unmenge Arbeitskraft wegfressen, die sich produktiv einsetzen ließe. Die Zollgrenzen, die verschiedenen Münz-, Maß-, Gewichts-, Steuersysteme u. a., die Mauern der politischen Grenzen für den Eisenbahn- und Binnenwasserstraßenverkehr sind gewiß Hemmungen für die fortgeschrittensten Industriestaaten. Zweifellos wird der Kapitalismus noch imstande sein, resp. gezwungen werden, sie hinwegzufegen, um eine geschlossene europäische Wirtschaft nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten von Amerika zu errichten, wie einst der werdende Kapitalismus die Unmenge Kleinstaaten zertrümmern mußte um zu seinen Nationalstaaten zu kommen.

Durch eine europäische Wirtschaftseinheit, nennen wir es ruhig Paneuropa, erhält der Kapitalismus als europäisches Produktionssystem aber noch keineswegs die ihm lebensnotwendige Expansionsmöglichkeit, werden noch lange keine Absatzgebiete geschaffen. Die freiwerdenden Produktivkräfte, d. h. die freiwerdende Arbeitskraft, die, wenn sie produktiv eingesetzt würde, müßte Ueberangebot und Absatzmangel noch steigern. Wohl würden die Industrien mit der fortgeschrittensten Technik ihren Absatz steigern können auf Kosten der Entwicklung der zurückgebliebenen Industrien. Die Rationalisierung, richtiger die Typisierung und Spezialisierung würde international, d. h. im europäischen Maßstabe geregelt werden, im Endeffekt, bezüglich des Warenabsatzes aber würde sich alles wieder aufheben. Der Absatzradius wird dadurch nicht größer. Wenn man glaubte durch einen einheitlich organisierten europäischen Wirtschaftskörper der hohen amerikanischen Technik oder den jungen Kolonialkapitalismen die Spitze bieten zu können, so wird dies ein frommer Köhlerglaube bleiben.

Das amerikanische Kapital hat die europäische Industrie durch Kredite und Befreiungen viel zu sehr in der Hand, als daß überhaupt die Herausbildung einer Konkurrenz gegen Amerika möglich wäre. Schon heute ist die amerikanische Industrie dabei, diejenigen Waren für ihre Ueberseekundschaft in Europa herstellen zu lassen, die sie hier auf Grund der billigen Arbeitslöhne billiger anfertigen lassen kann. Je bes-

ser und billiger Europa produzieren, wird, desto mehr wird Amerika die billige europäische Produktion für seine europäische Kundschaft ausnützen und dadurch die Löhne in Amerika drücken, um so immer wieder im Vordertreffen zu bleiben.

Lohndruck, Auspressen bis zum Weißbluten seiner Arbeitersklaven, das wird in der Hauptsache der Zweck eines Paneuropa sein. Die Weltwirtschaftskonferenz kann also weiter keine Bedeutung haben, als den organisierten Klassenkrieg gegen das Weltproletariat einzuleiten. Es gibt keinen anderen Weg, auch wenn dies heute noch nicht der ausgesprochene Zweck der Weltwirtschaftskonferenz sein mag. Der Klassenkampf gegen das Proletariat, der heute schon vom Kapital international ausgefochten wird, wird auch dem Proletariat in internationaler Form aufgezwungen werden. Das mögen die Proletarier schon heute bedenken und die Abwehrmaßnahmen treffen.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter

Die Angst des „Vorwärts".

Schon seit Wochen brennt der „Vorwärts" darauf, wenigstens einen Stillstand des Anwachsens der Arbeitslosenziffern melden zu können. „Nur geringe Arbeitslosigkeit." „Stillstand" der Krise". Mit diesen Unkenrufen bekleidete er das immer stärkere Anschwellen. Was es bedeutet, daß **trotzdem** die Arbeit auf dem Lande beginnt, **trotzdem** eine — wenn auch beschränkte — Bautätigkeit einsetzt die Ziffern immer mehr steigen, kann sich jeder an den Fingern abzählen. In dem Moment, wo die Arbeitslosigkeit nicht mehr **steigt**, oder um ein Unbedeutendes **sinkt**, ist für die SPD. und ADGB. die Krise natürlich behoben. Die draußen bleiben, können dann verrecken. Die amtlichen Zahlen der vorigen Woche sind:

„Es waren **244 488** Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen **242 815** in der Vorwoche. Darunter befanden sich 166 734 (167 149) männliche und **77 754** (75 666) weibliche Personen. Unterstützung bezogen **132 135** (131 332) männliche und **49 227** (46 609) weibliche, insgesamt 181 362 (177 941) Personen. Am 26. Februar 1926 waren bei Notstandsarbeiten 2616 Personen beschäftigt. Bei Arbeiten der Stadtgemeinde Berlin wurden am 26. Februar 1926 außerdem 11 309 Personen beschäftigt."

Hinzugefügt muß noch werden, daß nach der offiziellen Statistik die Zahl dadurch künstlich niedrig gehalten ist, daß man einem Teil die Unterstützung gestrichen hat und die immer größere Zahl von Ausgesteuerten einfach in der Statistik nicht mehr aufführt. Noch immer haben wir also in Wirklichkeit mit einer Zahl von über 5 Millionen Erwerbslosen zu rechnen.

•

Die Krise wächst.

Stuttgart 27. Februar. Die Wirtschaftskrise im Stuttgarter Industriegebiet spitzt sich immer mehr zu. Nachdem bereits jetzt etwa 7000 unterstützte Erwerbslose gezählt werden, was einer Erwerbslosenzahl von etwa 25 000 entspricht, stehen jetzt wieder neue Massenentlassungen bevor. Insbesondere in der Metallindustrie scheint die Krise ihren Höhepunkt noch nicht überschritten zu haben.

Beim Stuttgarter Hauptwerk der Robert Bosch A.-G. sollen weitere 800 Arbeiter entlassen werden, und zwar diese und die nächste Woche zusammen 300, in den folgenden Wochen weitere 500 Arbeiter. Im selben Werk stehen auch 300 Angestellte in Kündigung. Für das übrige Personal wurde ab 1. März die Arbeit auf 3 Tage in der Woche beschränkt. Auch in der Lederwarenbranche ist eine weitere Verschlimmerung der Krise zu verzeichnen.

Die Firma Anwärter und Bubeck hat dem gesamten Personal gekündigt. Im Zweigbüro Waiblingen dieser Firma werden ebenfalls starke Einschränkungen vorgenommen. Die Firma Nördlinger und Pollok in Stuttgart hat von 160 Beschäftigten 70 Personen gekündigt. In einer ganzen Anzahl mittlerer und kleinerer Betriebe werden ebenfalls empfindliche Entlassungen vorgenommen.

•

Lonabbau in Köln.

Die Unternehmer im Kölner Transportgewerbe haben zum 28. Februar das Lohnabkommen gekündigt und einen Lohnabbau von 15 Prozent verlangt.

Nach der Forderung der Unternehmer würde der Lohn des vollbeschäftigten Hafenarbeiters von 45.— M. auf 38,25 M., des Kraftfahrers von 43,60 M. auf 37,06 M., des Fuhrmanns, Möbeltransporteurs, Lagerarbeiters usw. von 41,25 M. auf 35,07 M. reduziert.

•

Die Unternehmerverbände der Rheinschiffahrt in Duisburg und Mannheim haben den Lohntarif zum 15. März, den Manteltarif zum 31. März gekündigt, mit dem Ziel des Lohnabbaus und der Arbeitszeitverlängerung.

•

Die AEG.-Berlin kürzt die Löhne.

Die AEG. setzt nach Erfüllung der dringendsten Aufträge **Kurzarbeit** fest, verbunden mit einem **zehnprozentigen Abbau sämtlicher Akkordlöhne.** Daß in dieser Bruchbude die Arbeiter schon sowieso bis aufs Blut ausgesogen wurden, weiß jeder, der diese Bude kennt. Ob die Arbeiter nicht bald einsehen, daß die Krise sie selbst verschlingt, wenn sie nicht zum Kampf für die Uebernahme der Produktion, für die proletarische Diktatur rüsten, und sich weiter von den Fürstenknechten der SPD. und KPD. mißbrauchen lassen für deren Parlamentsgeschäfte?

•

Krupp legt weiter still.

Die Firma Krupp kündet die Stillegung der Zeche Hannibal II an. Die Stillegungsgründe entspringen großindustriellen kommunalpolitischen Interessen infolge der gesetzlichen Regelung der Umgemeindungen im Industriebezirk. Die Firma Krupp hat bei den Eingemeindungsverhandlungen die Forderung aufgestellt, ihre gesamten, von ihr als Wirtschaftseinheit bezeichneten Schachtanlagen in einer Gemeinde, und zwar in Bochum vereinigt zu sehen. Nach der gesetzlichen Regelung wurde die Zeche Hannibal II der neuen Mittelstadt Wanne-Eickel zugesprochen. Daraufhin hat die Firma Krupp, die bis in die allerletzte Zeit hinein die Zeche Hannibal selbst als eine ihrer rentabelsten Schachtanlagen bezeichnet und modern ausgestaltet ist, die Stillegung dieser Zeche angekündigt.

•

Textilindustrie.

Die Vogtländische Tüllfabrik Plauen legte ihren Betrieb still und öffnete ihn nach zwei Tagen wieder mit einer **Lohnkürzung von 10 Prozent.**

Die Tüllfabrik Mehlthauer legte ihren Betrieb still und öffnete ihn nach einem Tag wieder mit **20 Proz. Lohnkürzung.**

Josef Winkel, Plauen, legte still und öffnete nach sechs Tagen wieder mit **20 Prozent Lohnkürzung.**

•

Die Reichsbahn kauft ihre Schwellen im Ausland.

Der deutsche Holzhandel beschwerte sich kürzlich in der Presse, daß die Reichsbahn ihren gesamten Schwellenbedarf bis auf ganz geringe Aufträge im Ausland vergeben habe. Die Reichsbahn berichtet diese Meldungen jetzt dahin, daß sie nur die Hälfte ihres Bedarfs von 6 bis 7 Millionen Stück im Auslande vergeben habe. — Jedenfalls ist das eine ganz nette Antwort auf das Geschrei der parlamentarischen Arbeiterparteien nach Notstandsarbeiten, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern.

Eine Brotpreistreibereigesellschaft

Mit Unterstützung des Reiches?

Vor kurzem ging durch die Wirtschaftspresse die Nachricht, daß eine Studiengesellschaft für Roggen gegründet werden sollte. Die Eintragung ins Handelsregister der inzwischen gegründeten Gesellschaft, sowie Mitteilungen der Presse lassen aber erkennen, daß es sich um eine Spekulationsgesellschaft handelt, die die Aufgabe hat, die Roggenpreise in die Höhe zu treiben. Die Gesellschaft firmiert „Deutsche Getreidehandelsgesellschaft m. b. H." und als Zweck ist angegeben: **Stützung des Roggenpreises durch Handel mit Brotgetreide** und Import desselben, sowie den Erwerb und die Pachtung von Lagerhäusern". Gründer sind die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte und das von dieser abhängige Kali- und Stickstoffsyndikat. Die Leitung ist in Händen von Junkern resp. ihrer Hörigen. Die Gründung ist mit der ausgesprochenen Absicht erfolgt, aus dem Liquidationserlös der Reichsgetreidestelle größere Summen zu erhalten.

Die Gründung ist in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Erstens ist das Betriebskapital von 50 000 Mk. eine lächerliche Kleinigkeit. Die niedrige Summe ist angegeben um den Staat um Stempel und andere Steuern zu hintergehen. Ferner, daß die Leute, die allen Patriotismus in Erbpacht haben, mit Geldern des Reiches, d. h. mit den Steuergroschen der Proletarier, diesen das Brot durch Preistreiberei des Roggens verteuern. Die Arbeit der Gesellschaft, in deren Aufsichtsrat Professoren sitzen, ist in der Presse schon wahrnehmbar. Es laufen schon Notizen durch die Presse, die den Proletariern weismachen, daß Schwarzbrot gesünder und nahrhafter sei als Weizenbrot. Wir entsinnen uns wohl noch, daß uns die Professoren im Kriege vorredeten daß Kohlrüben sehr nahrhaft sind und daß man aus gemahlenem Stroh ein schmackhaftes Brot backen könne. Das alles zusammen nennt man Abbau der Preise.

Ausland

Die Rationalisierung in England

Die gesamten hochkapitalistischen Länder befinden sich auf dem Wege der sog. „Gesundungskrise", d. h. der Kampf um den verengerten Ausfuhrmarkt zwingt sie aus Gründen der auf die Spitze getriebenen Konkurrenz, die Unkosten ihrer Warenerzeugung auf das geringste Maß herabzuschrauben. Aber bei aller Not der Todeskrise wollen die Herren Ausbeuter nichts von ihrem Profit missen. Ist es doch gerade ein Zeichen der Todeskrise, daß die Unkosten für Reklame und Umlaufsmittel gegen den wirklichen Warenumsatz unvergleichlich hoch sind. Steigen neben dem leerlaufenden technischen Apparat die unproduktiven Ausgaben verhältnismäßig zu einer nie gekannten Belastung an, so werden die nörgelnden Proleten den Monopolisten noch lange zeigen können, daß hier und dort gespart werden kann. Selbst das Wort Karl Marx', daß eine Gesellschaft nicht untergeht ehe sie alle Lebensmöglichkeiten erschöpft hat, hat nur einen historischen, d. h. dialektischen Sinn. Wie einst Bernstein nachwies, daß es kein ehernes Lohngesetz gibt, da auch der Lebensstandard eine nach Zeiten und Berufen wechselnde Größe ist, so kommt es auf den Willen des Proletariats an, wann es die Lasten abschüttelt, die der Zusammenbruch dem Proletariat auferlegt. Nicht nur rüstet in jedem Lande das Kapital zum Bürgerkrieg — und schon darum wird uns die Macht nicht in den Schoß fallen —, sondern es zeigen auch z. B. die Jahresberichte der englischen Banken und Handelskammern daß bei allen Leiden, die sie ohne Bedenken auf die Arbeiterheloten häufen, ein mechanischer Zusammenbruch noch nicht vor der Tür steht.

Wenn auch die demokratischen Zeitungen ein Interesse daran haben, die Krisenlage nicht allzu schwarz und hoffnungslos zu schildern, so muß man über die tiefgründige Weisheit der „Frankfurter Zeitung" doch lächeln, daß der Mangel an Betriebskapital nichts weiteres besage, als daß der größte Teil der Güter nicht zu solchen Preisen zu verkaufen ist, die eine natürliche Erneuerung des Betriebskapitals zuließen. Wenn also die Wirtschaft nicht den zur Weiterführung notwendigen Ueberschuß abwirft, so ist das die einfache Bankrotterklärung der kapitalistischen Wirtschaft selbst. Wenn dann zum andern erklärt wird, daß die großen Zusammenbrüche nur dadurch zu erklären sind, daß die Konzerne einerseits Inflationserscheinungen sind wie Stinnes, der sich zu weit von seiner natürlichen Basis entfernt hat, und anderseits durch den Versailler Vertrag ihre natürliche Basis verloren haben; als letzte wahre Sanierung die Verschrottung der unrentablen Betriebe empfohlen wird, so ist das neben dem geistigen Bankrott auch die brutale Nacktheit der „Gesundungskrise". Immerhin reden die Berichte für Handel und Finanz ihre eigene Sprache.

Die „Frankfurter Zeitung" stellt für Deutschland fest, daß trotz aller Zusammenbrüche und Zusammenschlüsse der Finanzinstitute wir noch immer doppelt so viele Banken haben wie vor dem Kriege. „The Manchester Guardin Weekly" vom 15. 1. 1926 berichtet, daß die Einfuhr Englands und besonders im Dezember 1925 wesentlich gestiegen ist. Dabei spielt der Gummi, das neueste Kampfobjekt gegen Amerika, eine wesentliche Rolle. Ueber das Fallen der Ausfuhr dürfe man nicht allzu sehr klagen, denn hier spiele die Kohle eine große Rolle. Der Ruhrkrieg zeigte deutlich, daß die guten Zeiten nur auf Kosten anderer hochindustrieller Länder möglich sind. Hier mag eingeflochten werden daß das liberale Blatt in früheren Ausgaben mehrfach festgestellt hat, daß das Fallen der Arbeitslosenziffer weniger der steigenden Kohlenausfuhr seit Unterstützung durch die englische Regierung, als den härteren Bedingungen der schärferen Auslese bei der Erwerbslosenunterstützung zuzuschreiben sei. Die Ausfuhr an Baumwollwaren zeigt eine gewisse Zunahme, läßt aber am Schlusse des Jahres 1925 nach. Eisen und Stahl hat gegen 1924 einen Verlust von 6 372 000 Pf. Sterl., hebt sich aber durch Verbilligung der Kohle im Dezember um 338 000 Pf. Sterl. Dagegen klingen die Berichte der Banken hoffnungsvoller. Der Dividendensegen ist gewachsen, wenn auch der Laie den Ausschüttungen nicht immer folgen kann. Die Westminster Bank zahlt wie alle Großbanken Englands bedeutend mehr als wie vor 2 Jahren. Die Profite sind um rund 100 000 Pfund gegen das Vorjahr gestiegen, die Dividenden um 30 000 Pfund. Alle Banken künden ein Rekordjahr seit 1920 an. Die Dividenden bewegen sich zwischen 16—20 Prozent p. a. Wichtig ist noch, daß am 22. 1. 26 als allgemein festgestellt wird, daß die Depositen und der Barbestand niedriger sind als Ende 1924. Dagegen klagt der Bericht schwer über den Niedergang im Schiffbau, wenn auch England und Irland noch immer 45 Prozent der Jahrestonnage hergestellt haben. Die Quote selbst ist aber gegen 1924 um 355 282 Reg. t gesunken, während das Festland 300 905 t mehr als 1924 vom Stapel gelassen hat. Natürlich sind auch hier die hohen Arbeitslöhne schuld. Die Frachten decken nicht die laufenden Ausgaben. Mit den Klagen der Werftbesitzer, die Industrie stehe „mit dem Rücken gegen die Mauer", aber die englischen Werften werden alles versuchen, sich aus eigener Kraft und Initiative aufzurichten, kommen wir denn auch dem eigentlichen Kriegsschauplatze näher.

In der Kohlenkrise ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, aber die Forderung der Arbeitgeber der Gewerkschaften und KP. zeigen deutlich, daß hier nur der reine Machtkampf die Entscheidung bringen kann. Die Forderungen der Unternehmer kennen nur längere Arbeitszeit, verkürzte Löhne, Freie Hand, um die Arbeiter einzeln abzuwürgen. Wenn wir dem Bericht des „MGW." vom 22. 1. 26 glauben dürfen, werden die Führer der Bergarbeiter auch dahingehend mit sich reden lassen, um ihr Zukunftsideal, den Gemeinbesitz der Kohlenzechen zu retten. Diese Lösung ist, wie sie selbst zugeben, kein Mittel, das Aufhören der Zuschüsse im Mai sofort zu ersetzen. Trotzdem wollen auch sie im Interesse der Nation, der britischen Industrie und des Kohlenbergbaues die Zusammenfassung der ganzen Kraft in ein organisiertes Ganzes. Es handelt sich um großzügige Elektrifizierung des platten Landes, der Eisenbahnen und der Ausnutzung der sog. Nebenprodukte. Sachverständige sollen an der Spitze der „überführten Industrie" stehen. Techniker, Leiter und Arbeitervertreter sollen in gleicher Anzahl die inneren Geschäfte als „Produktionsrat" führen. Preise und Löhne werden von den Verbrauchern und dem „Produktionsrat" festgesetzt. Die Kohlenzechen sollen aufgekauft werden durch Regierungsgelder. Das heißt, ohne tiefer hineinzuleuchten, ein großzügiges staatskapitalistisches Programm, das gut in eine kapitalistische Gesundungskrise hineinpaßt, wenn es auch vorläufig noch von den Besitzern bekämpft wird.

Nach der Nummer 155 des kommunistischen „Workers Weekly" vom 22. 1. 26 plant dagegen die Regierung die Errichtung der Diktatur von 14 Ministern, die die Verantwortung für die Distrikte übernehmen und denen, wie nicht anders gewohnt, alle lebenswichtigen Betriebe unterstellt sind. Dieses und die bewaffnete Macht! Der Kurs ist klar.

Das Programm der KPE. enthält 11 Punkte. Es fordert Nationalisierung ohne Entgelt mit Arbeiterkontrolle. Die Löhne von 1914 als Grundlage mit entsprechenden Zuschlägen. Sechsstundenschicht untertags die Fünftage-Woche u. a. m.

Nur eins spricht es nicht klar aus: So oder so, es ist ein Kampf der Gewalt, der hier ausgefochten werden muß.

Im Augenblick scheint auch der Kampf um den Schiedsspruch in der Eisenbahnfrage seinem Ende zuzugehen. Aus der Kritik der KPE. geht hervor, daß die herabgesetzten Einstellungslöhne den Leitern die Macht geben, allmählich den alten Stamm der Eisenbahner auszuschalten. Die doppelte Bezahlung wird die Einheit unter den Eisenbahnern zerreißen. Wichtig ist noch, daß Thomas durch immer erneute Abstimmung die störrischen Vertrauensleute breitschlug und eine Mehrheit für sich erzielte. Ob die Mitglieder damit zufrieden sind, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Doch ist die Front aufgerollt.

Kurz, auch die Gesundungskrise in England zeigt, daß die Ausbeuter nichts von ihren Vorrechten freiwillig hergeben, daß sie ihr Wohlleben steigern und unter den Berufsführern immer wieder Helfershelfer finden. Die Ausbeuter, die noch 100 000 Bergleute entlassen wollen und die Löhne der Eisenbahner um 25 Prozent senken möchten, sind ebenso brutal wie ratlos. Es gibt nur eine Lösung: Kommunismus! Von unten, von den Arbeitsplätzen ausgehend. Aber, er fällt nicht vom Himmel, er muß gewollt und errungen werden.

Aus der Partei

In eigener Sache

Betrifft Werbekampagne für die „KAZ."

Genossen! Wir weisen darauf hin, daß die Werbekampagne von Nr. 17 bis einschließlich Nr. 20 unter allen Umständen mit aller Energie betrieben werden muß. Sie muß als eine Aktion der Partei aufgefaßt und durchgeführt werden!

Auch bei uns herrscht teilweise eine Stimmung, die an Fatalismus grenzt, **diese Stimmung muß überwunden werden!** Zu diesem Zweck ist, außer der Gewinnung neue Abonnenten, notwendig:

die Organisierung des Vertriebes der „KAZ." in unseren und gegnerischen Versammlungen.

Die Organisierung des Vertriebes, evtl. zum Preise von 10 Pfennig bei den Arbeitslosen. Ferner die Belieferung von Straßenhändlern usw.

Jeder Bezirk muß versuchen, durch diese Kampagne der „KAZ." neue Leser, der Partei neue Kräfte zuzuführen. Genossen, die Situation für die Partei wird solange ungünstig bleiben, **solange wir nichts wollen!** Der Ausbau der Organisation, die Erweiterung des Aktionsradius der Partei ist die Voraussetzung für den entscheidenden Einfluß der Partei in kritischen Situationen überhaupt.

Wir fordern alle Ortsgruppen auf die Frage der Kampagne für die „KAZ." zum Tagesordnungspunkt ihrer Zusammenkünfte zu machen und die Partei auf diese Aufgabe zu konzentrieren. Wir fordern alle Ortsgruppen auf, **sich ein bestimmtes Ziel zu setzen und entsprechend der äußersten Möglichkeiten sofort Nachbestellungen zu tätigen!**

Genossen!

Gegen die reaktionäre Offensive der reformistischen, parlamentarischen Einheitsfront:

Die revolutionäre Offensive, die Aktivität der Partei!

Mitteilungen

Groß-Berlin

Achtung! Nachweis Gormann- und Ackerstraße!

Am Dienstag, den 9. März 1926, mittags 12 Uhr, erweiterte Fraktionssitzung beider Nachweise, mit Referat und Diskussion, im Lokal Polzin, Gormannstraße 14. Arbeitslose, die sich am Klassenkampf interessieren, sind eingeladen.

I. A.: Der Obmann.

14. Unterbezirk (Neukölln). Freitag, den 12. März 1926, abends 7.30 Uhr. Mitgliederversammlung. Thema: Die Suggestion als gesellschaftliche Macht. — Sympathisierende sind eingeladen.

17. Unterbezirk. Freitag, den 12. März 1926, abends **pünktlich 8 Uhr**, bei Bartsch, Neue Bahnhofstraße 20. Mitgliederversammlung. Vortrag über **„Wichtige Erziehungsprobleme."** Leser der „KAZ." und Sympathisierende sind einzuladen.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Gruppe Charlottenburg: Jeden Mittwoch im Lokal von Jacob, Galvanistr. 7, abends 7.30 Uhr.

Gruppe Norden: Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Lokal Kluge, Danziger Str. 71.

Gruppe Osten: Jeden Mittwoch, abends 7.30 Uhr im Jugendheim, Lichtenberg, Dossestr. 22.

Die Abende sind öffentlich. Sympathisierende sind mitzubringen. Der Arbeits-Ausschuß.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schernell-Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name . . . .

Ort . . . .

Straße . . . . Nr. . . . . .

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an eine der obigen Adressen oder direkt an die **Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49,** zu senden.

7. Jahrg. Nr. 19 Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

März 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post. Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats

Herunter mit der Narrenkappe!

Viele trugen sie schon immer und waren stolz darauf. Vielen hat man sie so gewissermaßen über Nacht übergestülpt. Sie wissen nicht, sollen sie sich freuen, oder sollen sie das Ding herunterreißen. Vorderhand laufen sie mit dem großen Haufen mit und machen ohrenbetäubenden Lärm. Wollen sie was? Schwer zu sagen! Sie sollen angeblich das wollen, was von denen, die sie am Narrenseil führen, in den „Vorwärts" und in die „Rote Fahne" hineingeschrieben wird: Volksbegehren, Volksentscheid, Fürstenenteignung. Und man muß leider feststellen: als Faxenmacher können sich die deutschen Arbeiter sehen lassen.

Vorweg eines: Wir geben uns natürlich nicht der Illusion hin, daß wir einen momentanen Umschwung der Stimmung herbeiführen können. Die politische Seuche wird sich austoben. Wir wünschen angesichts der Tatsache, daß dieser Rummel doch nicht aufzuhalten ist, nur eines: den „Sieg". Wir wünschen, daß die Summe der Stimmen zusammenkommt, daß die sogenannte „Enteignung der Fürsten" „Gesetz" wird. Wir wünschen dies einmal deswegen, damit die Sozialdemokraten beider Richtungen hinterher kein Argument haben und auf die Inaktivität der Massen zetern können, und zum anderen deswegen, damit die deutschen Proletarier sehen, daß dieses neu aufgeputzte Betrugsmanöver von Volksentscheid ein ebensolch solides Betrugmittel ist, wie jede parlamentarische Komödie. Wir fürchten bloß, daß es nicht so kommen wird, denn die Herrschaften teilen schon mit, daß sogar in ihrem „roten" Königreich Berlin eine unerhörte Sabotage und Schikanen zu verzeichnen wären, vom flachen Lande ganz abgesehen. Aber wie schon betont, wünschen wir diesen „Sieg" — wenn wir es uns auch nicht nehmen lassen, immer und immer wieder diesen Betrug aufzudecken, — damit jedem Narren zum Bewußtsein kommt, daß, solange das Proletariat nicht die Macht hat, die herrschende Klasse jedes Votum des „Volkes" so deichselt, daß die Lage der Arbeiterklasse nicht gebessert, die Ausbeutung nicht gemildert, die Kapitalsoffensive nicht aufgehalten, an den Grundlagen der kapitalistischen Ausbeuterordnung nicht gerüttelt wird.

Die sozialdemokratischen Parteien halten die deutschen Arbeiter nicht nur zum Narren, sondern in der Tat für komplette Narren. Der „Vorwärts" zum Beispiel gibt diesem Fax in seiner Nummer vom 4. März sogar einen geschichtlich-historischen Rahmen. Es heißt dort, daß die deutschen Arbeiter die Revolution von 1848 jetzt zu Ende führen müßten. Von der Revolution 1918 und den damit zusammenhängenden Taten seiner Partei hütet er sich wohlweislich, auch nur ein Sterbenswörtlein zu erwähnen. Seit 1848 ist also **nichts** gewesen! Von 1848 befeiert er die Barrikaden, bringt den Tod Freiliggrath's geschickt mit dem heutigen Betrug in Verbindung und feiert das „Volksbegehren" als die „Märzschlacht" von 1926, in der die Entscheidung für die Republik fallen soll. Daß diese Burschen im entscheidenden Augenblick — 1914 — offen zur Bourgeoisie überliefen, das größte Volksgemetzel der Weltgeschichte verherrlichten, der Monarchie und der Generalität die Stiefel ableckten, jeden Revolutionär, der sich dagegen auflehnte, dem Generalkommando auslieferten, die Monarchie noch retten wollten, als sie schon von innen heraus an ihrer eigenen Fäulnis barst — davon erzählt er natürlich nichts. Auch nichts von den Ereignissen nach dem Kriege. Von den Tausenden Erschossener, Gelynchter, in den Zuchthäusern Krepierter, von dem Wüten der weißen Garden unter dem Kommando Noskes und Ebert. Auch nichts davon, daß diese Herrschaften lange genug Gelegenheit hatten, dieses Monarchistengesindel abzufinden! Daß sie aber, um die Revolution im Blute zu ersticken, dieser Bande alles in den Rachen warfen, was sie begehrten zum Dank dafür, daß sie die Arbeiter wie Hunde zusammenschossen und die kapitalistische Klassenherrschaft retten halfen, weil das Proletariat sonst sie nicht minder kurz „abgefunden" hätte, wie ihre Auftraggeber.

Ein Körnchen Wahrheit ist jedoch in der historischen Betrachtung des „Vorwärts" enthalten. Es handelt sich im Grunde genommen lediglich um die letzte Auseinandersetzung der **Bourgeoisie mit der Monarchie!** Die Bourgeoisie schickt sich an, die letzten Reste der Monarchie zu liquidieren. Und das ist heute **keine** proletarische Angelegenheit. Diese Bourgeoisie, die die Arbeiter millionenweise aus den Fabriken wirft und verhungern läßt, deren Klassenjustiz gegen Arbeiter unter dem Regiment degenerierter — und selbst im bürgerlichen Sinn — moralisch verkommener Subjekte steht, wie der Fall Jürgens aufs neue beweist, diese Bourgeoisie, die den Arbeitern den Brotkorb jeden Tag höher hängt, die die Krise ihrer Profitwirtschaft nicht mehr zu meistern in der Lage ist, **ist kein Bundesgenosse für das Proletariat!** Und wem die Narrenfahne dem „Vorwärts" sekundiert, daß weite Kreise des Bürgertums sich in diesem Falle für die Sache der Arbeiter begeistern, so ist die Wahrheit da: Nur ein kompletter Narr kann glauben, daß die Bourgeoisie für die Sache der Arbeiter zu haben ist. Aber umgekehrt stimmt die Sache sehr genau: **Die beiden sozialdemokratischen Parteien überschlagen sich fast vor Begeisterung für die Sache der Bourgeoisie!**

Die Moskauer Sozialdemokratie und ihre Politik wird am besten charakterisiert in einem Rundschreiben der linken Opposition dieser Partei selbst, in dem es heißt: „Die Partei ist noch nicht einmal mehr in der Lage, **einen soliden Reformismus zu betreiben!** In der Tat hängt sie sich krampfhaft an den Schwanz der SPD. Ihr Geschrei ist dasselbe, nur macht sie um dieselbe Politik mehr Geschrei. Doch sind die Gründe für dieses Geschrei, die das Wesen ihrer Rolle verschleiern sollen, naheliegend.

Die Basis der Politik der SPD. ist die des Kleinbürgertums, des Krähwinkler Landsturms. Sie appeliert an den Horizont des Nachtwächters von Winkelhausen. Sie ist die Partei der „fortschrittlichen" Bourgeoisie von altersher. Die KPD. ist alles und nichts. Ihre Taktik wird bestimmt von der Entwicklung in Rußland. Mit der offenen Liquidation der russischen Revolution hören auch die putschistischen Schwupper auf. Ihre Politik in Deutschland wird bestimmt von dem jeweiligen Verhältnis der deutschen Bourgeoisie zur russischen Regierung. Es ist ganz natürlich, daß, wo im Moment ganz stark an dem russischen Vertrag gezimmert wird, wo der russische Botschafter auf der Leipziger Messe den Aufbau der russischen und deutschen Wirtschaft als den Weg aus der kapitalistischen Krise durch das neue Absatzgebiet in Rußland besingt, auch die KPD. dieser Linie folgen muß. Die Linie der russischen Politik hat die Politik der einzelnen Sektionen immer bestimmt. Als die sächsischen Minister Heckert, Brandler, Böttcher, vor dem sächsischen Königshaus auf dem Bauche rutschten, und die gegen die sie heute gar keine Ausdrücke mehr finden, als die Kulturträger Deutschlands anhimmelten, war der politische Hintergrund ebenfalls der, mit der deutschen Bourgeoisie in ein leidliches Verhältnis zu kommen. Die deutsche Bourgeoisie **erlaubt** eben heute diese Auseinandersetzung, und die KPD. kann sich nicht lassen vor Freude. Sie ist nur noch zu bewerten, als der Johann der SPD.

Die Arbeiterklasse kann sich heute nicht mehr damit begnügen, die Geschäfte der Bourgeoisie zu besorgen, sie muß die „Abfindung" **gegen** die Bourgeoisie vorbereiten und durch die proletarische Revolution durchführen. Dem Proletariat kann es gleichgültig sein, ob die Bourgeoisie von dem aus dem Proletariat herausgeschundenen Profit seine Fürsten „abfindet", oder ob es die Republik anwendet zum Bau von Zuchthäusern, Bewaffnung von weißen Garden, zum Bau von Panzerzügen gegen rebellierende Proletarier. Das Proletariat muß wissen, daß, ganz gleich, wie die Komödie ausläuft, die Erwerbslosen keinen Pfennig mehr bekommen, der Lohnabbau weiter geht, die Kriegskrüppel weiter verrecken, das Elend, Krankheit, Prostitution, Schwindsucht im kapitalistischen Klassenstaat in der unüberwindbaren Krise des Kapitals in dem Maße sich erneut reproduzieren — wachsen —, wie auf der anderen Seite Verschwendungssucht, Prasserei und Ueberfluß. Kein „Volksentscheid" wird dem Einhalt gebieten können, und jede Atempause, die die Bourgeoisie durch solche Narrentänze erhält, kostet Tausenden unserer Klasse das Leben. Darum: Herunter endlich mit der Narrenschelle und Narrenkappe! „Findet" in erster Linie die „ab", die Euch wie Idioten am Narrenseil spazieren führen! Nieder mit der demokratischen Ausbeuterrepublik und ihren monarchistischen und gewerkschaftlich-parlamentarischen Schaubuden! **Es lebe der revolutionäre Klassenkampf!** Es lebe die revolutionäre Arbeiterdiktatur!

Oeffentliche Versammlung

Donnerstag, den 11. März 1926, abends 7 Uhr, in Ahlert's Festsäle Charlottenburg, Berlinerstr. 88

Thema:

Volksentscheid — Massenbetrug — oder Revolution?

Freie Aussprache.

Der deutsch-russische Handelsvertrag

Gescheiterte Aufbauversuche.

Rußland anerkennt die Zarenschulden.

Sieben Jahre hindurch hat die KPD. den deutschen Proletariern das „Bündnis mit Sowjetrußland" als die Errettung aus allem Elend angepriesen. Seit Monaten ist das Bündnis durch den deutsch-russischen Handelsvertrag perfekt, aber gerade in dieser Zeit sind in Deutschland Arbeitslosigkeit, Lohnabbau, Aussperrung und Bedrückung der Arbeitssklaven auf die Spitze getrieben worden.

Deutschland ging noch einen Schritt weiter in der Freundschaft zu Rußland, als selbst die KPD. in ihrer siebenjährigen Dauerparole verlangte; es gewährte ihm einen Warenkredit von 300 Millionen Mark aus den proletarischen Steuergeldern. Auf den deutschen Arbeitsmarkt sind die Warenlieferungen nach Rußland ohne jede Auswirkung geblieben. Die Verelendung des deutschen Proletariats ist ins Unermeßliche gestiegen.

Der Warenbezug Deutschlands aus Rußland, in der Hauptsache Lebensmittel (Getreide, Butter, Eier) und Rohstoffe (Oel, Holz, Eisenerze) betrug nach der „Istwestija" im Jahre 1925 im ganzen 150 Millionen Rubel. In dem 20 Milliarden Mark betragenden Außenhandel Deutschlands sind die russischen Ziffern gleich Null. Mit den Krediten hätte der Umsatz in jedem anderen Lande ebenfalls stattfinden können. Es ist daher erklärlich, daß das deutsche Kapital, so sehr es einer Ausbeutung russischer Rohstoffquellen und russischer Proletarier geneigt ist, mit weiteren Krediten vorsichtig ist.

Seit mehreren Wochen wird zwischen der Handelsdelegation Rußlands und der deutschen Reichsregierung sowie mit den Vertretern der Industrie und einiger Großbanken über ein neues, diesmal über ein langfristiges 300 Mill. Mark betragendes Lieferungsgeschäft der deutschen Maschinen- und Elektroindustrie nach Rußland verhandelt. Die deutsche Regierung will für Lieferungen, die sich über mehr als zwei und bis vier Jahre erstrecken sollen, eine teilweise Garantie übernehmen. Von den 300 Millionen Goldmark, die die deutschen Banken und die Industriellen für Lieferungen nach Rußland im Laufe der nächsten zwei bis vier Jahre kreditieren sollten, wollte die Reichsregierung für 105 Millionen, 35 Prozent der Gesamtsumme, die Garantie übernehmen. Für weitere 25 Prozent sollten die Länder garantieren. Damit würde den Banken und der Industrie ein Risiko von 40 Proz. verbleiben. Die auf dieser Grundlage geführten Verhandlungen Rußlands mit Banken und Industrie wurden außerordentlich erschwert durch die hohen Kreditzinsen, die die Banken infolge des großen Risikos beanspruchen.

Das deutsche Kapital möchte das Geschäft mit Rußland gern mitnehmen, aber die Regierung sollte sofort mit den Steuergeldern der Proletarier an es bar bezahlen. Der Profit also dem Kapital, das Risiko den Steuerkassen, die von den Proletariern gespeist werden. Das Kapital hat nun die Regierung breitgeschlagen und sie übernimmt 60 Prozent der Zahlungen. Zweifellos werden die Länder die ihnen zugedachten 25 Prozent übernehmen und so haben die wenigen Trustgesellschaften, auf die die Lieferungen verteilt werden, kein Risiko.